

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Arm trotz Arbeit im "Haus Graz"?

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Arm trotz Arbeit im Haus Graz, ich möchte davor, jetzt ist sie leider... sie ist noch da im Gespräch, die Frau Potzinger. Wie die Frau Potzinger heute die Mindestsicherung schon aufs Tableau gebracht hat, ist mir ja, und keine Sorge, ich bin nicht über den Sommer vom heiligen Geist erleuchtet worden, aber mir ist dennoch Matthäus 25 in den Sinn gekommen: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, wird Ihnen natürlich bekannt sein. Für mich stellte sich schon immer die Frage, warum ausgerechnet eine christlich-soziale Partei, eine Partei, die den Anspruch trägt, christlich-sozial zu sein, immer wieder, und wir haben das ja vor dem Sommer auch schon erlebt, hier ausreitet insbesondere gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft, diejenigen Menschen, die auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen sind. Wir haben das auch vor dem Sommer schon ausführlich diskutiert, wie es sich denn tatsächlich verhält mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung und wie viele Menschen diese in Anspruch nehmen müssen, weil ganz einfach ihre Löhne oder Gehälter nicht ausreichen und zusätzlich um diese Mindestsicherung ansuchen müssen. Also hier haben es wir mit Peanuts zu tun, eine Zahl im Vergleich, EU-weit reden wir von eintausend Milliarden Euro an Steuerflucht, die von Großkonzernen, von Banken beziehungsweise von Vermögenden begangen wird. Da sind die großen Summen zu holen, bei der Mindestsicherung werden wir sie nicht holen. Aber zum eigentlichen Thema und ich fange vom Beginn an. Löhne und Gehälter, von denen die Beschäftigten leben können und Arbeitsbedingungen, die gut sind, sind ein wichtiger Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. Die Stadt Graz muss sich in dieser Hinsicht ihrer Vorbildfunktion bewusst

sein. Will die Politik Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit setzen, müssen erste Schritte dort gesetzt werden, wo die Politik unmittelbar oder mittelbar Einfluss nehmen kann. Das ist insbesondere in Zeiten wichtig, wo prekäre Arbeitsformen, wo eben die Tatsache, dass Menschen trotz Arbeit arm sind, wir in den Zeiten einer sehr hohen Arbeitslosigkeit damit konfrontiert sind, dass der Druck auf die Einkommen, der Druck auf die Arbeitsbedingungen und auf die Beschäftigten insgesamt sich ständig verschärft. In diesen Zeiten ist es notwendig, dass seitens der öffentlichen Hand gegengesteuert wird.

Viele Menschen, wie schon erwähnt, müssen trotz Erwerbsarbeit die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Anspruch nehmen, schlichtweg weil ihr Einkommen nicht reicht. Wir haben auch hier diese Debatte schon gehabt, unser Zugang ist ein anderer als der, den wir im Juli zu hören bekommen haben, dass hier Kleingeld gewechselt wird auf dem Rücken der Betroffenen, sondern dass wir uns anschauen, wo können wir Lösungen finden für die Menschen. Und eine dieser Lösungen ist natürlich, im Eigenen, gewissermaßen vor der eigenen Haustüre, vor der Haustüre des Hauses Graz zu kehren und dort einmal hinzuschauen, gibt es denn auch bei uns Menschen, die trotz Erwerbsarbeit im Haus Graz so wenig verdienen, dass sie bedarfsorientierte Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen. Wenn das nämlich der Fall wäre, würde das natürlich bedeuten, dass die Politik jegliche Glaubwürdigkeit in der Frage verspielt hat, wenn es darum geht, dass man bessere Arbeitsbedingungen, bessere und höhere Löhne und Gehälter für die Menschen schaffen will.

Insofern darf ich für die KPÖ-Fraktion folgenden

dringlichen Antrag

stellen: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi in seiner Funktion als Personal- und Beteiligungsreferent, bis zur ordentlichen Sitzung des Gemeinderats im Jänner 2016 einen Bericht vorzulegen, der Auskunft darüber gibt, ob,

und wenn ja, in welchen Abteilungen und in welchem Ausmaß, es im „Haus Graz“ Beschäftigungsverhältnisse gibt, bei denen Beschäftigte ein so geringes Einkommen haben, dass sie trotz Arbeit unter der Einkommensgrenze für die bedarfsorientierte Mindestsicherung bleiben.

Dankeschön und ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda** zur Dringlichkeit: Ja, Robert, ich möchte mich bedanken für den Antrag, dem wir natürlich in Dringlichkeit und Inhalt unterstützen und ergänzend dazu haben wir auch einen Zusatzantrag, weil, wie du es eben gerade beschreibst, diese prekären Situationen haben wir in Graz, wir haben sie überall und man sieht, man könnte eben auch den Sozialstaat auf neue Beine stellen, das Stichwort „bedingungsloses Grundeinkommen“ sagt dem einen oder anderen was. Es würde eben nicht nur den Sozialstaat möglicherweise auf neue Beine stellen, sondern Entwicklungen in vielen verschiedenen neuen Bereichen finden, vielleicht das Wirtschaftssystem umstellen und diverse neue Möglichkeiten schaffen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dementsprechend folgender Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge beschließen, am Petitionsweg an die Bundesregierung heranzutreten, eine Machbarkeitsstudie für ein bedingungsloses Grundeinkommen zu erarbeiten.“ Dankeschön.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc BA: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, lieber Herr Kollege Krotzer! Danke, dass du an unser christlich-soziales Gewissen appellierst, keine Sorge, das hätte es nicht gebraucht. Ja, die Stadt Graz sollte mit gutem Beispiel bei den Anstellungsverhältnissen vorangehen. Da gibt es sicher den einen oder anderen Bereich, wo man genauer hinschauen muss, vor allem im Ausmaß der

Beschäftigungen, die bei uns in unserer Stadt gegeben sind. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werter Antragsteller! Armut trotz Arbeit ist ein brennendes Thema auch für uns in der Gewerkschaftsbewegung, weil es leider immer mehr voranschreitet. Wie du es richtig im Motivenbericht ausgeführt hast, ist es ein Gesellschaftsproblem, das leider auch vor dem Haus Graz nicht Halt macht und deshalb haben wir es auch schon einige Male auch von unserer Fraktion her thematisiert. Ich glaube, das letzte Mal war es im Vorjahr, wenn ich mich recht erinnere, in Form einer Anfrage an den Bürgermeister, wo wir auch diese Teilzeitbeschäftigungen mitabgefragt haben und wir haben da auch eine Antwort auch bekommen haben im heurigen Jahr, die dergestalt ausschaut, dass die Teilzeitquote bei über 25 % ist, aber was auch nicht sehr verwunderlich war, der Frauenanteil geht Richtung fast 100 % bei dieser Teilzeitarbeit, das heißt, im Magistrat waren von 876 Personen, die teilzeitbeschäftigt sind, 815 weiblich und 61 männlich. Also wirklich ein sehr hoher Anteil. Und wir wissen auch aus den diversen Gesellschaften, vor allem im Reinigungsbereich, dass es dort einige gibt oder viele gibt, die unter diesem Problem leiden und die eben auch dann Mindestsicherung beanspruchen müssen und es ist nicht so, wie es oft ausgeführt wird, dass es fast nur der Wunsch der Frauen ist. Also es gibt viele, die es sich wünschen im Zuge der Mutterschaft, da finde ich es toll, wie das Haus Graz das handelt, glaube ich, da kommt man denen auch sehr entgegen, aber ich weiß es auch von meiner eigenen Firma, dass man natürlich oft aus praktischen Gründen, sprich Dienstenteilung ist einfacher usw., einfach dann das Hirnschmalz nicht zu Hilfe nimmt und da einfach die leichtere Lösung nimmt in Form von Teilzeitarbeit und am Ende des Tages ist dann wieder ein Mindestsicherungsfall produziert und deshalb finde ich es gut, dass du diese Initiative da heute auch wieder weiter vorträgst und weiter unterstützt und wenn wir dann die

Antworten haben oder die Zahlen haben, ich glaube, dann wird es wichtig sein, dass man endlich auch einmal Lösungsansätze finden, dass wir, wie du richtig sagst, als Haus Graz eine Vorbildwirkung haben. Weil, du hast es auch richtig ausgeführt, auf der einen Seite die Mindestsicherung unter Anführungszeichen „kritisch“ hinterfragen und drüber zu lamentieren, dass die Zahlen steigen, ist das eine und auf der anderen Seite dann auch einen Beitrag zu leisten, dass die Zahlen steigen, ich glaube, das passt nicht und da müssen wir einen Weg finden, um das im Haus Graz abzustellen. Danke. Ein Schlusswort noch sozusagen zu meiner Wortmeldung zum Zusatzantrag vom Philip Pacanda habe ich vergessen sagen. Hätte einen gewissen Charme, hat auch schon Alfred Dallinger als Gesellschaftsentwurf einmal vorgestellt, allerdings mit weit fassenden Rahmenbedingungen. Wir denken aber, dass wir momentan leider andere Probleme haben, die wir dringender lösen müssen, sprich Arbeitslosigkeit, und eben einmal zu schaffen, dass es ein Auskommen mit dem Einkommen gibt. Wenn wir diese Schritte gesetzt haben, kann man gerne wieder darüber reden, heute werden wir dem nicht zustimmen (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, da ist ein ganz wichtiger Punkt angesprochen, auch unter Working poor bekannt, und ich glaube, das ist wirklich, man kann schon fast sagen, eine der großen Schanden unserer Gesellschaft derzeit, was hier passiert. Schauen wir nach Griechenland, wo genau über Aushebeln der Kollektivvertragslöhne über permanente Lohnsenkungen im Auftrag von uns allen, der EU oder wie auch immer genau das passiert, große Armut trotz Arbeit. Im Haus Graz würde ich hoffen, dass es nicht so groß ist, trotzdem total gut, diesen Bericht einzufordern, auch notwendig. Mein Bauchweh ist ein bisschen bei den

Details. Das eine ist schon gekommen, bei Vollzeitarbeitsplätzen werden wir das Problem hoffentlich nicht haben, ganz sicher kann man sich nicht sein bei manchen Lohnsätzen, aber im Großen und Ganzen wird es kein Problem bei Vollzeitarbeitsplätzen sein, also muss man auf die Teilzeit schauen, das wurde ja eh schon erkannt. Da muss man aber der Ehrlichkeit halber auch dazusagen, es könnte ja zum Beispiel auch sein, dass jemand einen zweiten Teilzeitjob hat, das rauszukriegen, wird für den Gerhard Rüschi wesentlich schwieriger sein. Er kann relativ leicht ermitteln nehme ich an, was die geringsten Löhne sind, die bezahlt werden, einerseits die Stundenlöhne andererseits auch mit über Teilzeit ausgerechnet so quasi, da muss rauskommen, es gibt geringfügige Beschäftigte, nehme ich an, die werden halt 200/300 Euro im Monat verdienen. Jetzt kann das sein, dass die Personen weitere Einkommen haben, das eh ok ist, die gut davon leben können, ist unwahrscheinlich, aber kann sein, es kann natürlich auch sein, dass das das einzige Einkommen ist. Im Antragstext wird dann hingewiesen Einkommensgrenze für die bedarfsorientierte Mindestsicherung und da wird es jetzt wirklich schwer und ich befürchte da, Gerhard Rüschi wird den Bericht nicht ganz liefern können, weil, wie Sie alle wissen, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung gehen wir nach Haushaltseinkommen und ermitteln können wir die Arbeitseinkommen. Das heißt, so sehr mich das auch interessiert, so sehr ich den Antrag unterstütze, wird es nicht ganz möglich sein, weil diese Dinge so leicht nicht zu heben sind. Genaugenommen müssten wir unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fragen, in was für einem Haushalt lebt ihr, wie viel Geld gibt es dort noch usw. Das wird von Stadtebene nicht gehen, aber ich halte es trotzdem für einen Superansatz zu schauen, was sind die geringsten Löhne, die gezahlt werden, hinzuschauen auch auf diesen Teilzeitsektor, aber die Antwort, die hier angedeutet wird, die wird es leider nicht ganz geben können, aber ich glaube, das wäre ein Auftrag an die Sozialpolitik, da viel genauer hinzuschauen. Also volle Unterstützung, das im Kleinen, im Haus Graz, anzuschauen und hoffentlich zeigt sich da, dass wir da Vorbildwirkung sind, das zumindest die Lohnsätze in Ordnung sind und das auch bei der Teilzeit nicht ganz so schlimm ist, wie es manchmal aussieht. Aber da befürchte ich doch einiges, weil wir

wissen, dass wir auch hier teilweise den Leuten nicht das gewünschte Arbeitsvolumen geben, was sie gerne hätten, da gilt es, genau hinzuschauen, also bitte um diesen Antrag (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf vielleicht selbst kurz was dazusagen, nachdem ich da unmittelbar angesprochen bin. Personalamt und im Verein mit den Personalabteilungen der Gesellschaften wird sich selbstverständlich bemühen, da entsprechende Ergebnisse zu zeigen. Wir kennen an und für sich die Bereiche, wo wir von Seiten der Stadt Arbeitsverhältnisse anbieten, die wahrscheinlich unter der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind, jedenfalls systematisch. Das ist etwa der Kinderbetreuungsbereich, in dem das der Fall ist und vielleicht ist es durchaus auch ein Anlass, darüber nachzudenken, wieso schaffen es private Kindergärten in einem viel größeren Ausmaß, 100 Prozent Beschäftigung anzubieten, als wir in der Stadt. Das ist ein Thema, das ja schon lange zurückgeht und das in der Stadt schon lange diskutiert worden ist und es könnte zum Beispiel ein Vorteil dieser Studie sein. Bezüglich der normalen Lohnhöhe gilt das, was der Gerhard Haßler dem Philip Pacanda gesagt hat, natürlich für uns genauso. Wir können weder Zeitlöhne erhöhen, klar ist, dass es zu fragen ist, wie wirkt sich das auf das Budget aus und wie wirkt sich das, nachdem wir uns auf eine Schuldenobergrenze vereinbart haben, dann auch darauf aus, welche anderen Ausgaben etwa gesenkt werden müssen oder auf welche Investitionen verzichtet werden müsste. Das werden durchaus eben auch Fragen sein, die sich danach ergeben. Aber wie gesagt, wir werden uns da... einen ordentlichen Bericht zu geben.

GR. Mag. **Krotzer**: Dann darf ich mich zuerst einmal bedanken für die positiven Rückmeldungen und die große Zustimmung, die irgendwie schon signalisiert worden ist. Wir sind gespannt auf den Bericht, wenn er im Jänner dann vorliegt, ist das mit dem Bericht natürlich nicht getan ist, sondern dass man dann weiterschauen muss, wie man

in den bestimmten Bereichen nachbessern kann, ist klar. Ein Wort von unserer Seite noch, was das bedingungslose Grundeinkommen betrifft, haben wir als KPÖ eine kritische Haltung dazu, weil wir der Meinung sind, die Hauptfrage ist die entsprechend hoher Löhne, das ist die eines entsprechend stark gut ausgebauten Sozialstaates und natürlich auch eines starken staatlichen Sektors als Gegengewicht zur einer immer mehr zum Diktat werdenden von Seiten der Banken und der Konzerne Wirtschaftsordnung. Insofern sind wir auch der Meinung, dass diese gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse heute ungünstig sind dafür, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, weil die Gefahr wohl sehr groß wäre, dass eben dieses bedingungslose Grundeinkommen über Irrwege dann bedingungslos wieder zurückgeholt wird in Form von niedrigeren Pensionen, in Form von niedrigeren Sozialleistungen etc. Also da sind wir skeptisch, das noch dazu, ansonsten sage ich vielen Dank für die Unterstützung (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen eine Stimme der KPÖ, gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

2) Ausschreibung Kunsthaus

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Werte KollegInnen! Das Kunsthaus hat uns ja in dem letzten Jahr einige Male beschäftigt und zwar nicht nur direkt hier im Gemeinderat, sondern

es gab erfreulicherweise dann angestoßen ja eigentlich durch einen Beitrag des Bürgermeisters, aber dann, auch durch Initiative der Kulturstadträtin, eine Diskussionsrunde im Kunsthaus, wie dieses Haus, das einen schlechten Ruf hat, relativ schlechte Besucherzahlen hatte, wie dieses Haus besser zugänglich gemacht werden könnte. Nicht nur, dass diese Diskussionsreihe sehr erfolgreich, gut besucht und mit sehr guten Beiträgen gestaltet war, sondern sie hat auch Ergebnisse gezeigt. Die ersten Anregungen daraus hat der, ich sage jetzt, damalige Leiter des Kunsthauses, eigentlich Intendant des Joanneums, Peter Pakesch schon teilweise umgesetzt oder angestoßen. Jetzt haben wir heute eben gerade die Auflösung seines Geschäftsführervertrages beschlossen. Was aber nun nicht heißen sollte, dass es im Kunsthaus dazu kommen sollte, dass jetzt diese positive Entwicklung aufhört. Ganz im Gegenteil, jetzt sollten wir die Chance nutzen, wenn diese Stelle der Leitung des Kunsthauses neu ausgeschrieben wird, dass man gleich sagt, wir wollen diesen Weg weitergehen, wir wollen ein offenes Kunsthaus, wir wollen das einem breiten Publikum zugänglich machen, sodass die Bevölkerung der Stadt genauso etwas davon hat wie aber auch natürlich TouristInnen und dass es wirklich ein großer Besuchermagnet wird. So etwas ist möglich, im Vorfeld schon mit einer Ausschreibung anzugehen. Meine Idee, die ich dafür hatte, ist wirklich nicht meine Idee, sondern die entspricht eigentlich schon internationalem Standard, das nämlich bei solchen Leitungspositionen im Kulturbereich nicht eine Stelle ausgeschrieben wird, in der nur ein Lebenslauf gefordert wird, sondern in der Teil der Stellenausschreibung bereits ein Konzept ist, mit dem sich die Bewerber vorstellen und gleich eröffnen, wie sie sich vorstellen könnten so ein Haus zu leiten, was sie für Ausstellungskonzepte und Vermittlungskonzepte vorschlagen würden dafür.

Deswegen stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, mit den Verantwortlichen im Kulturressort des Landes ein Einvernehmen darüber zu suchen, dass bei einer künftigen Ausschreibung der künstlerischen Leitung für das Kunsthaus ein Konzept zum niederschweligen Zugang des Kunsthauses wesentlicher Teil der Einstellungskriterien ist (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtregierung! Wie wir alle wissen, war im Jahr 2003 Graz Kulturhauptstadt Europas und hat sich mit der Errichtung des Kunsthauses dazu verpflichtet, langfristig diese Institution auch finanziell zutragen. Als Friendly Alien hat das Kunsthaus als Bauwerk internationalen Ruf als Schaustück moderner Architektur. Mit einem Jahresbudget von rund 5,7 Millionen bindet das Kunsthaus einen großen Teil der Kulturfördermittel der Stadt Graz und die Vergangenheit hat mit Jahresbesucherzahlen unter 100.000 gezeigt, dass die bisherigen Konzepte ihrem kulturpolitischen Auftrag nicht wirklich gerecht werden konnten. Diese Mittel stellen im Vergleich zu anderen Kulturinstitutionen aber eine sehr gute Basis dar, um das Kunsthaus als Institution für niederschwellige Kulturvermittlung zu etablieren. Aus diesem Grund hat unser Bürgermeister vor etwas mehr als einem Jahr zur Kunsthausdiskussion aufgerufen, um in konstruktiver Weise die Aufbauarbeit von Generationen zu unterstützen. Daraus hervorgehend nach dem nunmehrigen vorzeitigen Ausscheiden des bisherigen Intendanten Prof. Peter Pakesch ist nun geplant, die Bespielung des Kunsthauses für jeweils zwei Jahre auszuschreiben und mit entsprechenden ansprechenden Programmen die Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger von Graz mit der zeitgenössischen Kunst anzuregen und Begeisterung dafür zu erwecken. So wird es ab Mai kommenden Jahres regelmäßige Kunsthausrunden mit breitem Zugang geben. Es sollen die Universitäten und die Kreativszene vermehrt eingebunden werden und das Bewusstsein für Kunst im

Allgemeinen wachgerüttelt werden. Als Kommentar zum dringlichen Antrag der KPÖ ist festzuhalten, dass diesbezügliche Bemühungen bereits in die Wege geleitet sind und deshalb werden wir der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Werte KollegInnen, hoher Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen! Liebe Frau Gemeinderätin Braunersreuther, die du ja auch aktiv eingebunden warst in die Erstellung des Leitbildes, die hervorgegangen ist aus einer Diskussion, die eben auch angestoßen durch den Diskussionsbeitrag, den der Bürgermeister geliefert hat und der ja im letzten Jahr sehr intensiv im Gange war, wurde gerade im Gemeinderat, ich glaube, sogar im letzten Gemeinderat vor dem Sommer, hier herinnen ein Leitbild beschlossen und wie man jetzt sieht, zufällig zum richtigen Zeitpunkt, um eine gute Orientierung und Grundlage zu haben, um bei einer Neuausschreibung für eine künstlerische Leitung Kriterien definieren zu können, die stärker dem gerecht werden, was bisher als fehlend, auch in der Diskussion, wahrgenommen wurde. Nämlich das Ziel der stärkeren Öffnung des Kunsthauses in Richtung bestimmter Zielgruppen, eben aber auch in einer Öffnung im Sinne von einem Schwellenabbau gerecht zu werden. Ich möchte noch auf ein paar Dinge im Leitbild kurz eingehen, die das sehr deutlich beschreiben und sehe deswegen auch die Dringlichkeit nicht gegeben, weil eben auch von mir mit dem Herrn Landesrat vereinbart wurde, dass dieses Leitbild eine Grundlage bilden wird bei der Kriterien-Erstellung für die Auswahl der neuen künstlerischen Leitung und übrigens wurde letzte Woche endlich, leider spät, aber doch, endlich auch in der Landesregierung dieses Leitbild beschlossen, das heißt, es gilt auch für den Eigentümer Land. Ein paar wichtige Sätze aus dem Leitbild zur Erinnerung. Das wurde ja eben hier herinnen erst vor kurzem beschlossen. Einerseits noch einmal das ganz klare Bekenntnis, dass dieses Haus ein Haus ist, dass der zeitgenössischen Kunst und auch dem internationalen Auftritt in diesem Bereich natürlich gewidmet sein soll, dass die Freiheit der Kunst ganz obenauf steht, dass sie aber trotzdem einer diversen

Gesellschaft im Wandel auch offensteht, das heißt, dass man immer wieder auch darauf eingeht, welches Publikum man erreichen will. Im Punkt Internationalität der Kulturstadtrat Graz und in dem Bereich der Kooperationen wurde zum Beispiel formuliert, dass es eine starke Anbindung an die lokalen Kooperationspartnerinnen und -partner sukzessive auszubauen und auszuweiten ist. Weiters dass eine Vielzahl der bestehenden Kooperationen weiterhin zu pflegen sind und dass neuen Partnerschaften stets offen begegnet werden soll. Im Punkt offen, schwellenlos und utopisch wird noch einmal deutlich darauf hingewiesen, dass es eine weite offene Ausstellungsfläche zusätzlich geben soll im Bereich des Erdgeschosses und damit gerade diese Durchlässigkeit im Erdgeschoss und die Zugänglichkeit erhöht wird, was ja schon teilweise auch ganz gut gelungen ist, dass jetzt das Café verlagert wurde und neuer Raum geschaffen wurde. Es geht darum, dass eben im Space 05, das ist dieser erste Bereich, eine offene Haltung gegenüber gesellschaftlich relevanten Themen in Verbindung zur aktuellen Kunst lokal, wie überregional oder international, ein Ort werden soll, der aktiviert, wo aktiviert und erprobt werden kann und Partizipation stattfinden soll. Also auch das ein deutliches Zeichen der Öffnung weiterhin bei der Kommunikation, das war ein sehr wichtiges Thema, da geht es um mehrere Ebenen. Einer, der mir besonders wichtig ist, weil wir in der Kunst immer wieder hier genau an die Schwellen treffen, da geht es um die Sprache. Es geht darum, einerseits dem Anspruch zu genügen, dass eine Sprache in Zukunft verwendet werden soll, die stärker darauf achtet, welche eben die Verständlichkeit für ein breites Publikum ebenso gewährleistet auf der einen Seite, also das man verständlicher wird, wenn es um Vermittlung, wenn es um Texte geht, aber gleichzeitig gewährleistet, dass eine Glaubwürdigkeit innerhalb der künstlerischen und wissenschaftlichen Community gegeben ist, und das ist eine Herausforderung, aber auch jetzt sieht man schon, dass hier stärker daran gearbeitet wird. Übrigens hat sich auch aus diesem Prozess ergeben, dass die VermittlerInnen und dass überhaupt stärker im Team gearbeitet wird, wenn Ausstellungen vorbereitet werden, was vorher nicht der Fall war. Jetzt geht es nicht mehr darum, dass einer sagt, es gibt eine Ausstellung und dann müssen die

VermittlerInnen das umsetzen, sondern dass schon in der Programmatik darauf geachtet wird, wie will man diese Ausstellungsinhalte dann auch an ein Publikum heranbringen und das gemeinsam entwickelt wird.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kulturstadträtin, eineinhalb Minuten über der Zeit.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Eineinhalb Minuten schon, ich dachte, ich rede eh so schnell. Ich möchte einfach noch einmal darauf verweisen, dass auch im Bereich Vermittlung, also dort auch einige ganz klare Formulierungen sind, wie zum Beispiel auch, dass der Bildungsauftrag des Kunsthauses stärker beachtet werden muss, nämlich eben, dass hier der Zugang zur zeitgenössischer Kunst für ein breiteres Publikum zu entwickeln sein wird, als das bisher gelungen war usw. Ich werde nicht mehr alles aufzählen, das Kunsthausleitbild ist ja nachzulesen, aber wie gesagt, wir haben dafür gesorgt, dass es eine Grundlage bildet und damit die Kriterien für die Auswahl gegeben sind und wir hoffen, dass in dieser Auswahl dann auch jemand herauskommt, der dem gut gerecht werden kann. Insofern keine Dringlichkeit von unserer Seite (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Das Schlusswort deshalb, weil sich ja ein wenig abzeichnet, dass mein Antrag kein Gehör finden wird. Lisa Rücker hat gerade einen ganz guten Begriff angebracht, wir hoffen, dass sich dann jemand findet, der diesem Leitbild folgen wird. Ich hatte gedacht, dieses Hoffen ein wenig einschränken zu können, indem man nämlich genau eben internationalen Standards folgt und dieses Hoffen nicht nur aufs Hoffen beschränkt, sondern indem man einfach verlangt, dass jemand ein Konzept

vorlegt, mit dem man auch ein wenig überprüfen kann, ob diesem Leitbild dann gefolgt werden soll, das ist ja eigentlich Ziel des Ganzen. Denn leider, also ich habe selbst lange Zeit im Kunstbereich gearbeitet und ich kenne diese Kriterien, die nicht unbedingt bei der Einstellung dann, aber schon alleine für die Leute, die sich bewerben, Kriterien dafür sind, dass sie überhaupt in die Position kommen, sich auf solche Leitungspositionen zu bewerben, dass es einfach nach wie vor im deutschsprachigen Raum, natürlich muss man das auch mitbringen, sehr viel Wissen über Kunst hat, sehr viele Publikationen vorweisen kann, eine gute internationale Vernetzung hat, aber dieser Bereich der Vermittlung und diese Erkenntnis, dass man Ausstellungen nicht einfach macht und dann halt den Pädagogen, die das halt schon irgendwie hinkriegen werden, dann sagt, so jetzt schaut mal, dass ihr das anbringt, das hat sich im deutschsprachigen Raum längst noch nicht durchgesetzt. Insofern ist es zu befürchten, dass sich einfach nicht entsprechende Leute unbedingt finden werden, wenn man die Ausschreibung ohne so ein Konzept macht. Im englischsprachigen Raum ist das einfach ganz was anderes, da herrscht ein ganz anderes Bewusstsein, da würde man wahrscheinlich, auch ohne dieses Konzept zu fordern, Leute bekommen, ich kann jetzt sagen, wir können dann wirklich nur auf Bestes hoffen und fände es schade, wenn der Antrag nicht durchgeht (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Subventions- und Sponsoring Bericht für das Haus Graz

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Subventionen und Sponsoring haben immer einen Hauch von Mystischem und Geheimnisvollem an sich. Und das, obwohl im Magistrat Graz seit Jahren auf Transparenz gesetzt wird, wir haben ja jährlich einen Subventionsbericht, der sogar sehr detailliert ist und nach verschiedenen Kriterien aufgebaut ist. Die wenigsten werden ihn vielleicht beachten, weil er im Rahmen des Budgets immer wieder dann auch einmal untergeht in den tausenden Seiten, aber die Transparenz ist da voll und ganz gegeben und auch im Rahmen des Stadtsenates werden laufend Subventionen beschlossen und auch da ist es für die politischen Mandatäre durchaus nachvollziehbar, was da passiert. Dass das Thema doch ein heißes ist, habe ich gemerkt, weil ich habe noch auf keinen meiner Anträge so viel Zuspruch bekommen wie bei diesem sozusagen und so viel Interesse und das mag auch daran liegen, dass die Transparenz halt ein bisschen eingeschränkt noch da ist im Haus Graz. Weil auf der einen Seite ist das Magistrat, wo die volle Transparenz ist und auf der anderen Seite gibt es die Unternehmen der Stadt Graz, wo wir teilweise 100 Prozent Beteiligung haben, wo es diese Transparenz noch nicht so gibt. Da tauchen dann immer wieder einmal Papiere auf im Beteiligungsausschuss oder irgendeine Information von einem Aufsichtsrat, wo das eine oder andere Sponsoring nachvollziehbar ist, aber ein Gesamtüberblick, der fehlt bis heute. Und wir denken, nachdem das Ganze ja, also Sponsoring und Subventionen sind ja ein wesentliches Element auch für politische Gestaltung und für politisches Handeln und ich glaube, da sollte es schon so sein, dass die Mandatäre in dieser Stadt auch Bescheid wissen, zumindest einmal als Mindestansatz, was auf diesem Gebiet passiert. Wie es gehen kann, wenn man das zu wenig koordiniert, haben wir jetzt wieder einmal erlebt, wie eine Gesellschaft medial verkündet hat, dass sie an einem neuen Konzept arbeitet, um die Sportstätten der Stadt Graz zu verwalten. Die Mandatäre haben es leider erst aus

der Zeitung erfahren. Auch in den Ausschüssen wurde bis jetzt nicht darüber geredet, also ich glaube, dass das nicht sehr zielführend ist. Auch der Rechnungshof hat sich schon intensiv mit dem Thema beschäftigt, wir haben im Jahr 2013 ja einen umfassenden Bericht auch zu dem Thema bekommen, wir haben auch lange diskutiert über Verbindlichkeit der Empfehlung und Nichtverbindlichkeit. Das Problem bei diesen Diskussionen bisher war immer, es hat immer nur ein Null oder ein Hundert gegeben, also nicht die politische Diskussion, was von den Anregungen soll verbindlich sein, sondern es war immer nur, wollen wir sozusagen, wenn wir es verbindlich machen, machen wir alles verbindlich. Ich glaube, dass das nicht zielführend ist, ich habe selber zehn Jahre lang als Organisator Berichte geschrieben und Vorschläge gemacht und es ist jetzt die subjektive Sicht des Berichterstellers, die sicher nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wird und der Rechnungshof macht gute Vorschläge. Aber ich glaube, das politische Handeln sollte man sich nicht aus der Hand nehmen lassen, nämlich, dass dann noch in einer breiten Diskussion diese Vorschläge diskutiert werden und dann gesagt wird, ok, sachlich mag der Vorschlag vielleicht durchaus einen gewissen Ansatz bieten, aber aus politischer Sicht wollen wir das so und das so. Das sollten wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Deshalb wird unsere Fraktion auch dem Zusatzantrag von Philip Pacanda nicht zustimmen, sage ich da gleich auch jetzt. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, eben einen gemeinsamen Sponsoring-Bericht für das Haus Graz jetzt aufzustellen, das wäre ein weiterer Entwicklungsschritt, es ist einmal ein erster Ansatz und wenn man dem Rechnungshof folgt, sollte man in der weiteren Folge dann schon noch diskutieren, wie man zumindest die Ziele der einzelnen Abteilungen mit den Gesellschaften dann auch unter einen Hut bringt, weil es gibt viele Abteilungen im Haus Graz, die haben schon Wirkungsziele, die machen sich auch schon sehr viele Gedanken auf diesem Gebiet und ich glaube, dass man da mit gemeinsamem Zusammenarbeiten, gemeinsamem Reden einiges noch weiterbringen kann und der erste Ansatz wäre einmal so ein Bericht, um einmal Transparenz zu haben.

Deshalb unser

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Beteiligungsreferent Dr. Gerhard Rüscher werden ersucht, im Sinne des Motivenberichts tätig zu werden, damit in Zukunft für das gesamte Haus Graz ein Subventions-, Sponsoring- und Abschreibungsbericht vorliegt, wie dies seitens des Magistrats bereits seit Jahren üblich ist. Der Gemeinderat ist bis spätestens zur Dezembersitzung dieses Jahres zu informieren, ob und bis wann ein derartiger Gesamtbericht für das Haus Graz zur Vorlage kommt (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Bevor wir weitermachen, darf ich kurz unterbrechen und auf der Galerie den am längsten dienenden Bezirksvorsteher von Graz begrüßen, Franz Schwarzl (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Pacanda** zur Dringlichkeit: Nachdem mein Zusatzantrag ja schon vorangekündigt wurde von dir, dankeschön. Wie du es schon gesagt hast, es ist ja eigentlich schon ultradringend, ich habe schon ein Déjà-vu gehabt, weil im Endeffekt vor zwei Jahren war der Subventions- und Sponsoring-Bericht im Stadtrechnungshof drinnen. Und vor eigentlich zwei Jahren hat sich der Kontrollausschuss damit beschäftigt und vor eigentlich zwei Jahren ist das in die Todesgrube übertragen worden, das heißt Klubausschusssitzung, weil seit zwei Jahren...

Zwischenruf GR. Grossmann: Etwas Contenance.

GR. **Pacanda:** Seit zwei Jahren wird in der Klubobleutekonferenz darüber diskutiert, so wie du es auch so schön gesagt hast. Nicht null und nicht hundert, aber eigentlich können wir uns einig sein, dass rausgekommen ist definitiv null, weil bis jetzt ist da überhaupt nichts herausgekommen. Also ich fasse mich kurz anhand von euren dezenten Lächeln, sage ich, ihr versteht mich, glaube ich, und könnt es nachvollziehen, würde ich einfach zusätzlich noch beantragen, dass endlich den Empfehlungen des Stadtrechnungshofes sozusagen gerecht wird und der Gemeinderat möge beschließen, die Empfehlungen des Stadtrechnungshofberichtes aus dem Jahre 2013 für verbindlich zu erklären. Ich weiß, das ist hundert.

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf da kurz anschließen, wäre es der SP schon länger so ernst mit Transparenz und dergleichen, dann wäre das in der Klubobleutekonferenz, dann wäre es a) nie dahin verwiesen worden, dann hätten wir es gleich im Gemeinderat gemacht, weil die Klubobleutekonferenz gibt es ja gar nicht wirklich, ich meine a) wird sie selten einberufen, jetzt wieder, das stimmt, aber zwischendurch hat es sie ein Jahr nicht gegeben, jetzt ist es wieder besser und wir kommen dort nicht weiter mit diesen Sachen und dann wundere ich mich schon, wenn dort das nie besprochen wird, auf die lange Bank geschoben wird, dass jetzt dieser Antrag kommt. Aber er ist gut, der Antrag, und deswegen ist

er zu unterstützen. Der Philip hat es eh schon gesagt, wir könnten gleich das verbindlich erklären, dann hätten wir es auch gleich, ist auch eine nette Idee, inhaltlich finde ich beides ok. Wobei natürlich der Zusatzantrag weiter geht, da ist einiges andere auch noch dabei, da müsste man schon genau schauen, aber das ist nicht der Punkt. Das andere ist mit der Transparenz, ich weiß nicht so genau, was mit der SP passiert ist. Wenn euch Transparenz so wichtig ist, auch was im Haus Graz passiert und das ist wichtig, da seid ihr völlig richtig unterwegs, dann frage ich mich schon, warum stimmt ihr einer Satzungsänderung zu, wo der Aufsichtsrat in der Holding fast nichts mehr erfährt, wo alles eine Präsidiale macht, ganz eine komische Geschichte, aber mit SP-Handschrift passiert, warum dürfen keine gewählten Volksvertreter in einem Aufsichtsrat, da seid ihr ja zu feig dazu, dass ihr das offiziell beschließt, aber unter der Hand ist es dann so und dann kommt ihr daher mit Transparenz, das ist schon sehr eigen. Es hat auch ein paar Transparenzanträge von mir gegeben, was Parteien angeht, nein, so genau wollen wir es nicht wissen. Aber jetzt wollt ihr das einmal wissen, das sei loblich erwähnt, jetzt sind wir gerne dabei, diesen Subventionsbericht einzufordern, zu unterstützen. Also in dem Sinn Unterstützung, ein bisschen mehr und ein bisschen ehrlicher mit der Transparenz wäre noch besser, aber vielleicht ist es ein erster Schritt in die richtige Richtung, wir unterstützen es auf jeden Fall gerne (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl:** Auch wir von der FPÖ finden, das ist ein sehr guter Antrag, es wundert mich nur ein bisschen, dass er gerade von einer der beiden Altparteien kommt. Aber gerade so eine Transparenzgeschichte, würden wir es nicht besser wissen da herinnen, würde man ja eigentlich das als selbstverständlich hinnehmen, dass es darüber eine Aufklärung gibt, wohin Gelder hingeschickt werden oder mit nur geringer Gegenleistung, die Gegenleistung ist im Normalfall eine Werbung oder eine gute PR, aber das sind im Großen und Ganzen Geldgeschenke, also jeder Bürger da draußen wird eigentlich davon ausgehen, es ist eh klar, man muss nur wissen, wo das Geld hingehet, aber so ist es nicht. Gerade, wie du ebenso genannt

hast, bei dem Schattenbürgermeister und rührigen Vorstandssprecher hat man in der jüngeren Vergangenheit gesehen, dass gerade in Zeiten von knappen Geldmitteln einiges möglich ist. Hier ein Topf, damit man für den echten Bürgermeister schnell einmal den Thalersee kaufen kann, dort eine schnelle Rückzahlung von 50 Millionen aus dem Verkehrsfinanzierungstopf, damit das Budget wieder einmal über die Runde geht und dass man die Maastricht-Kriterien doch noch erreichen. Also dort ist ja einiges möglich und wenn dort Transparenz einkehrt, also ich gehe davon aus, dass das eine einstimmige Abstimmung wird, weil das auf der Hand liegt und eigentlich überfällig ist, dass so ein Antrag gekommen ist. Also volle Zustimmung von uns, sowohl in Dringlichkeit als auch im Inhalt. Wie gesagt, die ÖVP hat sich noch nicht geäußert dazu, aber da können wir wohl davon ausgehen, dass das einstimmig wird (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, Kollege Wohlfahrt, mit der Transparenz das ist ein eigenes Kapitel. Ich erinnere an das Jahr 2008, wo unter Schwarz/Grün Aufsichtsräte, auch von uns, aus Stadtwerken und Stadtmuseum entfernt wurden. Das hat es vorher noch nie gegeben, auch danach nicht, aber es war unter Schwarz/Grün, so viel zur Transparenz (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Zu den Wortmeldungen, dem Philip Pacanda habe ich es eh schon versucht während meines Antrages zu erklären und das ist ja wieder bei deinem Zusatzantrag das Problem, eben hundert und hundert, glaube ich, wird aus politischer Sicht nie oder selten das sein, was herauskommen wird, weil es einfach legitim ist, aus politischer Sicht gewisse Dinge und Vorschläge zu diskutieren. Ich glaube, dafür sind wir da, weil sonst machen wir einfach, dass man den Beamten einen Auftrag geben und wir schaffen uns selber ab und die Beamten machen es selber, dann würden wir keinen Gemeinderat brauchen. Also aus dem Sinn, glaube ich, ist klar erklärt, warum wir den Antrag so nicht in der Form annehmen können.

Danke, Kollege Fabisch, an den Gerhard Wohlfahrt, er hat heute seinen „süffisanten Tag“ unter Anführungszeichen, vielleicht ein bisschen gehabt bei dieser Wortmeldung. Mit dem Thema Transparenz, glaube ich, wie es der Kollege Fabisch gesagt hat schon, dass die Grünen in der Periode, wo sie mit der ÖVP eine Koalition gebildet haben, die volle Transparenz gehabt haben, nur die anderen im Gemeinderat haben sich wahrscheinlich gleich gefühlt wie jetzt, also für die war die Transparenz auch nicht so gegeben und deshalb habe ich diesen Angriff so auch nicht ganz verstanden. Wo ich bei dir bin und wo man durchaus auch sagen kann, vielleicht war es ein Fehler, ist die Entpolitisierung der Aufsichtsräte, weil man immer unabhängige Experten sind das Maß aller Dinge, nur leider merken wir jetzt, dass die Verbindung dann zu den Mandataren, die die Entscheidungen da treffen müssen, nicht mehr so gegeben ist, wie es vielleicht optimalerweise sein sollte. Ich glaube, da kann man durchaus darüber nachdenken, ob man in einer nächsten Periode da auch wieder andere Wege beschreitet. Man kann ja einmal etwas probieren und auch draufkommen, dass es nicht so ist, wie man es sich vorgestellt hat. Zur FPÖ, danke für die Unterstützung, ich meine, ich habe nicht unterstellt, dass jetzt da etwas im Verborgenen liegt und etwas nicht in Ordnung ist, uns geht es einmal um Transparenz und auch darum, dass man vielleicht auch einmal politisch dann diskutieren kann, ob die eine oder andere Subvention nicht in einem anderen Bereich besser aufgehoben wäre (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

4) Beantwortung exemplarischer Fragestellungen aus der Grazer Bevölkerung

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Beantwortung einiger exemplarischer Fragen aus der Grazer Bevölkerung. Ihr könnt euch erinnern, heute hat die Sitzung etwas verspätet begonnen, um 12.30 Uhr. Um genau zehn vor eins bin ich da heraußen gestanden und habe mir vom Bürgermeister die Beantwortung angehört auf meine Frage und er hat gesagt, er kommt gerade auch herein, der Bürgermeister hat gesagt, in Graz gibt es überhaupt keine Probleme mit der Zuwanderung, mit den Asylwerbern in unseren Asylanten-Unterkünften, ist alles ruhig. Solche Vorfälle wie in Deutschland, wo ethnische und religiöse Konflikte herrschen, die gibt es bei uns in Graz nicht. Genau zu dem Moment, wo ich da heraußen gestanden bin, erscheint mit 12.47 Uhr auf „Kleine Online“ ein Artikel unter dem Titel „Großeinsatz bei Schlägerei zwischen Syrern und Afghanen in der Asylunterkunft Schwarzl-Halle“. Großeinsatz der Polizei ist notwendig gewesen, die Leute sind sich dort in den Haaren gelegen, ich weiß jetzt nicht, ob es ein religiöser Konflikt war oder ein ethnischer Konflikt, aber genau das sind die Probleme, die wir uns importieren und die in Zukunft noch größer werden. Ich sage, Herr Bürgermeister, Scheuklappen endlich abnehmen, aufwachen und der Realität ins Auge sehen (*Applaus FPÖ*). Und genau aufgrund solcher Fehlinformationen und Fehleinschätzungen gibt es Sorgen und Ängste bei den Bürgern und die sollte die Politik auch ernst nehmen, die sollte die Politik versuchen zu beantworten und das ist unsere Aufgabe und nicht ein Wischi-Waschi-Kurs. Nehmen wir her die Landtagswahl in

Oberösterreich, welche Parteien haben dort gewonnen? Die, die einen klaren Kurs verfolgen. Auf der einen Seite die FPÖ mit einer klaren kritischen Haltung zu diesem Asylthema und auf der anderen Seite die Grünen, die sagen, ist auch legitim, alle herein, wir werden die Probleme der Welt lösen, Grenzen auf, ist auch ok, aber das erwarten die Menschen, eine klare Haltung und nicht ein Wischi-Waschi-Kurs wie es auch der Herr Pühringer vorgelebt hat. Wir brauchen keine moralisierenden Ansprachen, wir brauchen Antworten auf die brennenden Fragen der Bevölkerung und wir als FPÖ, ja, wir wollen das Sprachrohr sein auch dieser Fragen der Bevölkerung und da ist es mir egal, ob ich zwischendrin ein bisschen stottere, wenn ich hier die Fragen der Bevölkerung auch mit aller Ernsthaftigkeit vorbringe. Die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingsströme nach Europa hat auch die Stadt Graz vor viele Schwierigkeiten gestellt und eines muss uns klar sein, das Klima in Europa, ich meine jetzt nicht das Klima im Sinne des Wetters, sondern das gesellschaftliche Klima, das kulturelle Klima und auch der innere Frieden in Europa, die werden sich nachhaltig ändern und zwar nicht zum Besseren, die Vorboten, das habe ich gerade vorher zitiert, Schwarzl-Halle, aber die Vorboten können wir auch in Schweden erleben, die können wir in Duisburg erleben, die erleben wir in Frankreich und das sind die Dinge, auf die wir uns einzustellen haben und da hat die Bevölkerung berechtigterweise Sorge und hat auch Ängste und diese formulieren sie auch. Und wir als Politik haben die Aufgabe, diese Sorgen auch ernst zu nehmen und entsprechend abzustellen beziehungsweise darauf einzugehen und sie ernsthaft zu beantworten. Und deshalb haben wir die vielen, vielen Fragen, die in den letzten Tagen und Wochen auch uns gegenüber gestellt worden sind, zusammengefasst und in diesen dringlichen Antrag gepackt und wir bitten ganz einfach, dass die Verantwortlichen in dieser Stadt diese Fragen nach bestem Wissen und Gewissen auch beantworten. Das lässt sich natürlich beliebig erweitern, es gibt natürlich noch viel mehr Fragen, als wir sie da formuliert haben, aber wichtig ist, dass es da einmal auch Antworten gibt. Selbstverständlich sind diese Personen, die uns diese Fragen auch übermittelt haben, gerne bereit, auch persönlich dazu zu stehen und

wenn es die Möglichkeit gibt, auch diese Fragen persönlich, Herr Bürgermeister, an Sie zu richten.

Deshalb bringe ich den folgenden

dringlicher Antrag

ein.

Herr Bürgermeister Nagl wird höflich ersucht, nachfolgende Fragen der Grazer Bevölkerung auf der Homepage der Stadt Graz zu beantworten. Bei Themenstellungen, die über den eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz hinausgehen, wird Herr Bürgermeister Nagl höflich ersucht, die entsprechende Beantwortung mit den zuständigen Stellen übergeordneter Gebietskörperschaften abzustimmen, weshalb dieser Antrag im weiteren Sinne auch Petitionscharakter hat.

1. Sind Ihnen Prognosen bekannt, wie viele Personen die Stadt Graz im kommenden Jahr als Folge der aktuellen Flüchtlingsentwicklungen zu beherbergen haben wird?
2. Die Signale der deutschen Bundespolitik lassen erkennen, dass auch bei unseren Nachbarn die Erkenntnis beschränkter Aufnahmekapazitäten die höchsten politischen Ebenen erreicht hat. Daraus ergibt sich folgende Frage: Wurde auch in der Stadt Graz dafür Vorsorge getroffen, Flüchtlinge – wenn ein Weitertransport verunmöglicht wird – dauerhaft zu beherbergen?
3. Werden entsprechend dieser Szenarien auch die Exekutivkräfte in Graz verstärkt werden?

4. Gibt es in Absprache mit der Exekutive Vorbereitungen, etwaigen religiösen Konflikten unter den Flüchtlingen – wie in Deutschland bereits geschehen – wirksam begegnen zu können?
5. Wird sich die Stadt Graz künftig bei der Verteilung von Flüchtlingen auf das gesamte Bundesgebiet gestaltend einbringen, um einen Durchgriff des Bundes zur Errichtung von Asylquartieren zu verhindern?
6. Welche Mehrkosten erwartet die Stadt Graz im Gesamten aus der Bestreitung sämtlicher mit der Aufnahme von Flüchtlingen im Zusammenhang stehender Aufgaben beziehungsweise wie gedenkt die Stadt Graz, diese zu bestreiten?
7. Warum setzt die Stadt Graz bereits jetzt kostenintensive dauerhafte Integrationsmaßnahmen für Personen, deren Aufenthaltstitel noch nicht geklärt ist?

Bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Klubobmann, hoher Gemeinderat! Ich erlaube mir, jetzt gleich mich zur Dringlichkeit zu melden. Ich habe vorhin dir die Geschichte erzählt aus dem alten Griechenland und man sollte immer prüfen, ob eine Geschichte wahr ist oder ob sie nicht wahr ist. Wir haben jetzt schon wieder eine Reaktion gehört, die aufgrund einer Erstmeldung der Kleinen Zeitung von dir da sofort berichtet wurde. Damit gleich alle Damen und Herren wissen, was im Schwarzl- Freizeitzentrum heute passiert ist, möchte ich das sagen, nicht nur heute, sondern generell. Es gibt einen großen Unterschied in der Betreuung von Flüchtlingen innerhalb der Stadt Graz und dessen, was da draußen gerade im Schwarzl-Freizeitzentrum passiert. Das hat das

Bundesministerium gemeinsam mit dem Eigentümer oder Pächter der Halle und gemeinsam mit dem Wiener Samariterbund in einer Horuck-Aktion beschlossen, dass das eine Halle ist, in der Asylwerber, die jetzt schon Asyl quasi, den Asylantrag bei uns gestellt haben, dauerhaft untergebracht sind. Eine Regelung, die ich für vollkommen falsch halte und nicht nur ich, sondern alle Beteiligten in Graz bis hin zur Polizei meinen, das war eine falsche Entscheidung, weil da sind jetzt Persönlichkeiten vom Kleinkind bis zu Familien bis zu Einzelpersonen, die in einer Halle, die sich aus meiner Sicht auch über den Winter gar nicht so eignet, jetzt dort zusammengepfercht sind und die jetzt dauerhaft einmal sicher den ganzen Oktober dort sein werden. Das ist genau die falsche Vorgangsweise und ich weiß nicht, was den Samariterbund und das Ministerium bewogen hat, ein so ein großes Hallenlager quasi zu errichten und es bis heute noch nicht zur Verteilung der Menschen, die dort sind, gekommen ist. Was ist heute passiert? Heute sind sich eine syrische und eine afghanische Familie in die Haare geraten, die haben zu streiten angefangen und man hat dann gebeten, dass die Polizei kommt...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Großeinsatz...

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, ja, Großeinsatz, es heißt schon anders, du kannst jetzt schon nachschauen, Einsatz bei Streit zwischen Syrern und Afghanen, Familienangehörige, Polizisten mussten die Gruppen trennen, niemand ist verletzt. Auch der Herr Winter...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja Momenterl, ich kann gerne weiterlesen. Wichtig ist nur, der Herr Winter hat das geschrieben, der Herr Landeskommendant-Stellvertreter Komeritzky hat auch mit uns gemeinsam bei der Kleinen Zeitung jetzt nachgefragt, wieso sie das schreiben, weil der Herr Winter anscheinend auch die Geschichte nicht ganz beherzigt hat und es ist zu einem Großeinsatz gekommen, weil man schickt, wenn ich so sagen darf, das Mobile Einsatzkommando gleich hin. Wenn das auftaucht mit allem, was sie haben und was sie darstellen, dann ist das sofort eine große Schlagzeile wert. Es ist dort niemand verletzt worden, ob sie mit 20 oder 30 oder 100 Leuten gleich hinfahren, heißt das noch nicht, das zwei Familien, die dort in der Halle einen Streit austragen, wo sich niemand verletzt hat, jetzt gleich zum schlimmsten Großereignis macht. Sehr wohl ich aber dazusagen möchte, wir haben immer die Rahmenbedingungen zu bestimmen, warum es überhaupt so weit kommt. Weil wenn ich dort weiß, dass ich jetzt ein Monat in einer Halle bleiben muss mit meinen Kindern und wir unter Umständen auch einen Konflikt dort einmal haben und die Polizei gleich mit dem Sondereinsatzkommando kommt, dann machen wir was falsch. Also, das kommt vor, aber auch da wieder, das ist nicht die Art und Weise, wie wir handeln. Wir haben bislang alle großen Lager abgelehnt als Stadt Graz und werden uns auch künftig dagegen aussprechen. Ich glaube auch nicht, dass dein Antrag jetzt die Dringlichkeit erhalten soll, weil ich möchte dir gleich, es gibt nichts zu verheimlichen und mir ist das wichtig, weil ich diese Ängste aus der Bevölkerung rausbringen will, weil sie der falsche Ansatz sind, sondern wir müssen den Menschen jetzt sagen, wie es gelingen kann. Deswegen möchte ich diese Fragen schnell beantworten.

Sind Ihnen Prognosen bekannt? Prognosen gibt es für Österreich, es gibt derzeit 53.000 Asylwerber, diese Zahl könnte bis Ende des Jahres auf 85.000 steigen. In Graz haben wir die 1.600, habe ich schon gesagt, untergebracht, die doppelte Zahl an Quartieren ist möglich und wahrscheinlich. Davon werden rund 40 % dann wieder tatsächlich bleiben dürfen und es arbeitet jetzt die Staatengemeinschaft dran, direkt in Griechenland etc. Italien, Lager zu schaffen, wo das im Vorfeld geklärt wird und gleich

wieder zurückgeht. Das heißt, wir wissen heute noch keine genaue Prognose, der Rest wird natürlich wieder abgeschoben werden. Zweitens, die Kapazität von 1.600 ist verdoppelbar, dann würden wir bei 1,2 % der Bevölkerung liegen. Ich möchte das auch sagen, Österreich hat acht Millionen Einwohner und wir haben zur Zeit 53.000 Asylwerber, die Stadt Graz hat mit 280.000 Bewohnerinnen und Bewohnern genau 3,5 % der österreichischen Bevölkerung, wir liegen im Moment bei unseren Asylwerbern bei knapp 1.600, wenn diese 3,5 % werden, 1.855. Also wir in Graz haben im Moment weniger als der österreichische Durchschnitt hat. Aber wir haben in Graz, wenn ich so sagen darf, weniger Flüchtlinge als der österreichische Schnitt und ihr habt ja heute noch einen dringlichen Antrag, liebe FPÖ, da möchte ich euch auch fragen, das Durchgriffsrecht des Bundes halte ich für wichtig, wenn du abwenden willst, dass noch mehr nach Graz kommen. Ich sage das ganz persönlich aus Überzeugung, weil es noch immer viele Gemeinden gibt, die keine haben und für den Fall hat sich der Bund, wenn ich so sagen darf, genau für die, die bis jetzt nichts getan hat, für die hat sich der Bund ein Durchgriffsrecht... Mit uns reden sie ununterbrochen und wir haben bisher alles, auch in Konsens, mit ihnen lösen können und liegen sogar unter der Quote.

Werden entsprechend dieser Szenarien auch Exekutivkräfte in Graz verstärkt werden? In den letzten Wochen war die Zusammenarbeit mit der Polizei hervorragend, ich gehe davon aus, dass die Exekutive auch in Zukunft dort tätig wird, wo es diese Hotspots gibt, wir haben sofort... wir können auch mit den Verstärkungen aus dem Bundesheerbereich rechnen, aber bislang weiß ich nur, dass wir, wenn wir Hilfe von der Polizei angefordert haben, sie auch immer bekommen haben.

Gibt es in Absprache mit der Exekutive Vorbereitungen der Stadt Graz, etwa religiöse Konflikte unter den Flüchtlingen, wie in Deutschland eben geschehen, wirksam begegnen zu können? Auch da haben wir vorgesorgt, bei uns in Graz gibt es einen vorbildlichen interreligiösen Dialog und den machen uns viele Städte Europas nach. Ich bin betroffen, wenn es in einem deutschen Quartier zu solchen Vorfällen kommt, die Zusammenhänge sind mir nicht bekannt, aber ich bin überzeugt, dass wir in Graz auch mit dem interreligiösen Beirat, den wir haben, präventiv und vorbildlich alles tun

werden, damit es zu solchen Auseinandersetzungen nicht kommt, für den Fall, dass wir sie einmal wirklich dauerhaft in einer größeren Anzahl hier haben. Fünftens, wird sich die Stadt künftig bei der Verteilung von Flüchtlingen auf das gesamte Bundesgebiet gestaltend einbringen, um ein Durchgriffsrecht des Bundes zu verhindern? Habe ich gerade gesagt. Wir werden immer das Gespräch suchen, ich halte es für falsch, davon abzugehen, weil dann sind die, die sich bisher bereit erklärt haben, die, die wahrscheinlich vom Bund als Erstes wieder Leute geschickt bekommen werden.

Sechstens, welche Mehrkosten erwartet die Stadt Graz im Gesamten aus der Bestreitung sämtlicher mit der Aufnahme von Flüchtlingen im Zusammenhang stehender Aufgaben und wie gedenkt die Stadt Graz diese zu bestreiten? Solange es sich um Flüchtlinge handelt, sind Bund und Länder die Träger der Kosten. Indirekt kommen Kosten auf uns zu, wie zum Beispiel im Schulbereich, die aber im Moment noch nicht, wenn ich so sagen darf, großartig und bemerkenswert sind, es sind kleinere Summen und wir haben die Stadthalle für einige Tage oder einen Teil des Messeareals zur Verfügung gestellt, sämtliche Personal- und Fremdkosten wurden auch und werden auch dem Bund und den Ländern bislang in Rechnung gestellt. Also ich habe im Moment auch in der finanziellen Dimension nicht allzu viel zu tun. Für den Fall, dass sie Asylwerber-Status bekommen, werden wir selbstverständlich mit Land und Stadt, wie das auch bisher der Fall war, uns die Kosten zu teilen haben. Warum setzt die Stadt Graz bereits jetzt kostenintensive dauerhafte Integrationsmaßnahmen für Personen, deren Aufenthaltstitel noch nicht geklärt ist. Das ist die siebente Frage. Wenn man sich, so wie wir, die Anerkennungswahrscheinlichkeit einzelner Flüchtlingsgruppen ansieht, dann kann man abschätzen, wer bleiben wird. Syrische, afghanische oder auch irakische Jugendliche werden eher bleiben, daher macht es Sinn, dass wir sie auch in eine Lehre bringen. Denn wenn sie zum Beispiel im Gastgewerbe eine Ausbildung erhalten, bringt es jedenfalls was und ich sage auch dazu, auch für den Fall, dass sie wieder abgeschoben werden aus Österreich, haben sie damit einmal eine Grundausbildung bekommen, die ihnen auch in ihrem weiteren Leben, wo immer sie hinkommen, helfen wird. Also ich glaube, es ist einfach gut, diesen jungen

unbegleiteten minderjährigen Menschen eine Ausbildung zukommen zu lassen. Da werden, wenn ich so sagen darf, durchaus auch einmal Aufwendungen entstehen, aber sie bringen sich auch beruflich dann mit ein.

Das wären die Antworten auf diese Fragen. Ich bin auch gerne bereit, wenn ihr Anfragen hab, dass ihr sie mir bitte durchleitet, dass ich auch versuche, dort Antworten zu geben, so gut wir das können, verlangt aber bitte auch nicht von mir als Bürgermeister, von der Regierung oder von uns allen, dass wir Prognoserechnungen haben, was nächstes Jahr wirklich in diesem Bereich passiert, da gibt es eine Weltlage, eine Kriegssituation, eine internationale Flüchtlingssituation, dazwischen viele Staaten, aber selbst wenn wir mit diesem Aufstocken um 30.000 in Österreich zu rechnen haben, wird es in Graz dann einmal dauerhaft mehr geben. Im Moment sind es die 250 und bitte mir das schicken, ich schreibe den Menschen auch gerne zurück und versuche ihnen die Letztinformationen zu geben. Wir sind eingebunden, sowohl der Mag. Hübel als auch der Thomas Rajakovics, ununterbrochen in die Koordination im Sicherheitsbereich. Für uns also nicht dringlich, wenn ich es gleich so beantworten darf und ich werde das gerne auch auf die Homepage der Stadt stellen und auch den Damen und Herren antworten, die sich bei euch aus berechtigter Sorge, weil du jeden Tag neue Meldungen kriegst und zum Teil auch Falschmeldungen kriegst. Soll ich das noch vorlesen, was die Kleine Zeitung jetzt wieder verändert hat? Also auch der...man kann es eh schon nachlesen, es war ursprünglich anders, sie haben es jetzt wieder richtiggestellt und noch einmal, es ist dort niemand verletzt worden...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Es war ein Einsatz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ein Einsatz, aber noch einmal, der Einsatz ist wieder klar und warum, weil wir eine falsche Geschichte da draußen haben. Das Schwarzl-Freizeitzentrum dauerhaft mit Kindern und Erwachsenen in einer Halle, die glaube ich, nicht einmal gut beheizbar ist, es sind die Heizkörper an der Decke, aber es ist ein Asphaltboden da drinnen, sie kennen das eh. Also das ist leider eine Geschichte, die wir in Graz so nicht zugelassen haben, deswegen gibt es jetzt vielleicht außerhalb. Ich werde mich auch dafür einsetzen auf Bundesebene, dass wir möglichst bald die 400 unterbringen und dieses Thema Schwarzl-Freizeithalle vielleicht auch einmal wieder anders bespielen, als es jetzt der Fall ist. Ich hoffe, es wird mir gelingen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Ich sage, danke für die Beantwortung der Fragen. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man Fragen beantwortet, ich meine, das ist völlig legitim jetzt und soll jetzt nicht als Angriff gewertet werden. Ich meine, entweder man beschwichtigt, um den Fragesteller auch zu beruhigen oder man sieht der Realität ins Auge und bildet die Realität in der Antwort auch ab. Wenn die Bereitschaft besteht, dass jetzt auch, mag sein, dass die Dringlichkeit nicht durchgeht, das dann zu veröffentlichen auf der Homepage der Stadt Graz, dann möchte ich vielleicht nur noch ein paar Antworten anregen, die man auch dazu geben kann, die eher den Bereich der Realität zugetan sind und die man auch aushalten muss. Wie viele illegale Einwanderer, das ist ja eigentlich der korrektere Begriff, wenn man es ganz genau nimmt. Also wenn man nach bestehenden Gesetzen geht, dann sind das ja keine Flüchtlinge in dem Sinn, weil Flüchtling ist man nur, solange man auch verfolgt wird, im dem Moment, wo man in einem sicheren Drittstaat, wie es auch tituliert wird, dann ist man in Wirklichkeit kein Flüchtling mehr, sondern man ist in dem Moment, wo man ein sicheres Drittland erreicht hat, auch nicht mehr Flüchtling. Und wenn man dann in ein weiteres Land geht, dann ist man illegaler Einwanderer, das sind ja die Gesetze, die auch vorherrschen. Nächstes Jahr, das sind die Prognosen, die können natürlich jederzeit

nach oben revidiert werden, sollen mindestens 100.000 weitere rein nach Österreich kommen. Rund zwei Drittel der Wirtschaftsflüchtlinge sind... also rund zwei Drittel der Flüchtlinge oder der Einwanderer sind Wirtschaftsflüchtlinge. Darunter sind massenhaft Araber, die sich als Syrer ausgeben, also wir wissen, dass es leicht möglich ist, um 300 Dollar auch einen syrischen Pass zu bekommen und auch unsere Behörden warnen auch davor, dass man da nicht so naiv sein soll. Alle Asylwerber, und das möchte ich ganz einfach auch zur Beantwortung geben, alle Asylwerber, die bei uns sind, sind durch mindestens fünf, ich habe mir das angeschaut auf der Landkarte, sind durch mindestens fünf sichere Drittstaaten gereist, um in die Länder zu kommen. Ich meine, ok, das mag vielleicht legitim sein als Wunsch, um in die Länder zu kommen, die mit den üppigsten Sozialleistungen aufwarten. 75 bis 80 % der Asylwerber sind jung und männlich, da drängt sich eine weitere Frage auf, ich weiß schon, das hört man vielleicht nicht so gerne und ist auch in Richtung Frauen gerichtet, wie werden die ihr sexuellen Bedürfnisse in Zukunft befriedigen, eine berechtigte Frage, die auch besteht. Das sind Fragen, die unangenehm sind, das ist mir schon klar, aber bei 80 % männlicher Zuwanderung muss man sich auch diese Fragen stellen und das ist auch breit getragen in der Bevölkerung. Sehr oft wurde diese Frage gestellt. Ich weiß schon, dass ihr euch oder dass Sie sich da gerne jetzt lustig machen drüber, aber das sind die Fragen, die gestellt werden und da sollte man nicht drüber lachen, sondern die sollte man ernst nehmen und dann auch beantworten. Auch kommen fast ausschließlich Muslime als Flüchtlinge zu uns, das muss man auch einmal sich anschauen und was das bedeutet, das hat man eh auch schon des Öfteren gesehen. Und jeder positiv beschiedene Asylwerber kann in Zukunft, und diese Frage muss man so beantworten, auch seine gesamte Familie nachholen und das ist auch die Wahrheit, die Mehrheit hat kaum oder keine Ausbildung. 30 % der Menschen, die zu uns kommen, und das sagt auch die Nahostexpertin Kneißl, sind Analphabeten, also wie soll da eine Integration in der Zukunft möglich sein. Abschließend in Richtung ÖVP, ich weiß nicht, oder der dringliche Antrag durchgeht, eher nicht, dann sind die Zusatzanträge und Abänderungsanträge auch kein Thema. Aber vielleicht noch in Richtung ÖVP gesagt, ihr solltet ein bisschen

mehr auf ein Mitglied in eurer Fraktion im Europäischen Parlament hören, nämlich auf den Viktor Orban. Ich glaube, das was wir in Graz brauchen, ist keine weitere Urbanisierung durch illegale Einwanderer, sondern das, was wir brauchen, ist eine Orbanisierung der Grazer Stadtpolitik (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich möchte schon noch einmal betonen, ich glaube, es gibt einen berechtigten und legitimen Wunsch, wenn es Fragen gibt, sollten wir die beantworten und zwar bestmöglich beantworten. Und wir sollten auch keine Frage da ausklammern, wo immer sie herkommt und wie immer sie formuliert ist. Also ich möchte jetzt ganz deutlich noch einmal sagen, nur weil wir den Sondergemeinderat, den ihr extra haben wolltet, damals nicht gemacht haben, heißt das nicht, dass wir in der Regierung über alle Fraktionen hinweg nicht auch den Menschen Ängste, so gut wir es können, nehmen wollen und deswegen noch einmal mein Angebot, welche Frage auch immer auftaucht, versuchen wir, mit Profis Antworten zu geben. Wir haben sie ja auch nicht immer alle persönlich parat, wir sind auch alle überfordert, das möchte ich schon einmal dazusagen. Die ganze Welt ist überfordert mit dieser Problematik und jetzt brauchen wir nicht so tun, als ob wir da das Thema von heute auf morgen lösen könnten. Ich bleibe bei meiner Aussage, wir werden weder im Nahen Osten noch in Mazedonien und in Serbien die Probleme lösen, wir müssen mit den Problemen, die wir dann da haben werden, umgehen. Ich weiß nicht, ob die Prognosen zutreffen werden.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden die Dinge natürlich auch mitveröffentlichen und ich möchte heute schon darauf hinweisen, dass wir vorgesorgt haben. Auch eine ganz, ganz wichtige Geschichte, in der BIG haben wir auch eine Vorsorge getroffen dann mit diesen blau-grünen Balken und da wird Auskunft gegeben, wo man sich melden kann, wenn man helfen will. Sachspenden, Geldspenden, Zeitspenden und weitere Möglichkeiten, auch mit allen Adressen und Telefonnummern, dass die Bürgerinnen und Bürger auch wirklich wissen, was ist und das wird am Samstag auch in allen Haushalten sein, es gibt mehrere Seiten dazu, aber das ist auch wichtig. Das heißt, wir werden stark in die Offensive auch der Informationspolitik jetzt gehen (*Applaus ÖVP*).

5) Bekenntnisbeschluss: Nein zum Durchgriffrecht des Bundes zur Unterbringung von Asylwerbern

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Antrag schließt beim vorigen Antrag vom Klubobmann Sippel ein. Auch dieses ein dringliches Thema, ist heute durch die Medien gegangen, das Durchgriffsrecht des Bundes zur Unterbringung von Asylwerbern, heute in Kraft getreten, schon alleine deshalb dringlich. Wir hätten uns die Diskussion natürlich schon früher gewünscht, aber der Sondergemeinderat war ja nicht möglich. Wir fordern eben ein Bekenntnis, um diesen abzulehnen. Ich darf begründen: Ausgehend ist dieser Beschluss von den Regierungsparteien in Wien von der SPÖ, der ÖVP sowie als Mehrheitsbeschaffer haben sich die Grünen zur Verfügung gestellt und haben eben per Verfassungsgesetz mit 1. Oktober, mit heute, das föderale System Österreichs

ausgehebelt und per diesem Durchgriffsrecht die Unterbringung von Asylwerbern in den Ländern und den Gemeinden auch gegen deren Willen durchgesetzt. Durch gegenständlichen Beschluss können eben nun Länder und Gemeinden ihre Rechte aus dem Konsultationsmechanismus nicht mehr wahrnehmen, was ganz grundsätzlich dem föderalen Prinzip unserer Bundesverfassung widerspricht. Über einen Richtwert momentan die 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung, kann jetzt in der jeweiligen Gemeinde nach Artikel 2 Abs. 1 geregelt werden, wie viele Asylwerber jede Gemeinde aufzunehmen hat. Wie in der Praxis die einzelnen Gemeinden dieser Verpflichtung zur Bereitstellung der Plätze nachkommen sollen, wurde nicht beantwortet. Es ist für zahlreiche Kommunen schlichtweg unmöglich, die nötigen Plätze zu schaffen und freizuhalten. Dieser Wert stellt aber nur einen Richtwert dar, der kann per Verordnung beliebig erhöht werden. Verordnung heißt, dass das die Regierung alleine in Wien beschließen kann. Die Länder haben hier lediglich ein Recht auf Stellungnahme, weder der Nationalrat noch die Landtage dürfen darüber abstimmen.

Artikel 3 Abs. 1 durchbricht schließlich die einschlägigen Normen der Bau- und Raumordnung und verwehrt den Gemeinden und Anrainern überhaupt jegliche Rechtsschutzmöglichkeiten. Und das regt mich jetzt als Planungssprecher natürlich auf. Ich kenne das und meine Kollegen auch aus dem Planungsausschuss, wir sitzen mit Beamten bei Stadtentwicklungskonzepten, Flächenwidmungsplänen, Bebauungsplänen oft stundenlang beieinander und schauen, dass wir eben diese Anrainerrechte wahrnehmen, ihnen gute Antworten liefern, ihre Rechte berücksichtigen, das ausdiskutieren. Wenn es jetzt um Asylheime geht, sind diese Bestimmungen weg, die Anrainer sind hier schutzlos. Nachbarn werden faktisch eben in ihren subjektiven Rechten verletzt, der Wegfall eines Rechtsschutzes beziehungsweise der Verunmöglichung einer Beschwerde gegen Baubescheide widerspricht dem rechtsstaatlichen Prinzip unserer Meinung. Erschwerend wirkt, auch der Herr Bürgermeister in seiner Funktion als Baubehörde wird eben seiner Rechte beraubt.

Die Bundesländer, und das haben wir ja heute schon gehört, haben nicht nur die Grundversorgung und für die Unterbringung zu sorgen, es entstehen damit auch Kosten, immense Kosten, es gibt ein Sicherheitsrisiko, das von den Unterkünften ausgeht, und die Verunsicherung der Bevölkerung tritt auch ein, ist natürlich keine Erfindung der Freiheitlichen, wenn man jetzt unten uns auf der Straße erkundigen, die Leute haben diese Ängste real. Es gibt auch Anfragebeantwortungen aus dem Innenministerium zwischen 2013 und 2014 hat es über 200 Polizeieinsätze in den steirischen Asylheimen gegeben. Polizisten wurden bereits verletzt und über 20 Personen festgenommen. Kosten der Einsätze rund 100.000 Euro.

Im Umfeld von Asylheimen kommt es auch zu Suchtgiftdelikten, wie gesagt, die Quellen sind angeführt. Zusammenfassend kann man sagen, das Gesetz aus Wien ist ein deutliches Zeichen der vorherrschenden Rat- und Planlosigkeit der Bundesregierung. Über 6.000 Asylwerber sind derzeit in der Steiermark untergebracht, täglich strömen weitere unkontrolliert zu uns. Kosten für das Asylwesen explodieren. Die Steirer, und das muss man auch erwähnen, haben ja bewiesen, dass sie hilfsbereit sind, aber eben gegen das vorherrschende Asylchaos, das die Regierung auslöst, gilt es dennoch entschlossen vorzugehen. Die quotenmäßige Zwangsbeglückung der Gemeinden hat die Situation verschärft.

Ich kann daher zum Antrag des freiheitlichen Gemeinderatsklubs kommen:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Gemeinderat äußert seine Bedenken gegen das „Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden“, erkennt im Regelungsgehalt einen massiven Eingriff in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden sowie eine Aushöhlung der föderalen Rechte und Prinzipien.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Werter Gemeinderat, liebe Stadtregierung, werte ZuhörerInnen! Niemand wünscht sich eine Situation, wie wir sie jetzt haben. Niemand, ob er betroffen ist, weil er flüchten muss, niemand, weil er in einer Situation ist, politische Entscheidung treffen zu müssen, niemand, weil er nicht weiß oder weil wir nicht wissen, wie es weitergeht. Das möchte ich jetzt einmal vorausschicken. Auch wir Grünen wünschen uns nicht die Situation, wie sie momentan ist, aber sie ist, wie sie ist und wir werden zwei Dinge, und die brauchen wir ganz dringend, zwei Dinge in der nächsten Zeit ganz besonders brauchen und das eine ist, dort, wo es irgendwie geht, zu kooperieren über unsere Sektoren hinweg, über unsere Ebenen hinweg, über unsere nationalen Grenzen hinweg und wir brauchen Geschwindigkeit. Und ich glaube, dass dieses Grundgesetz oder diese Veränderung, dieses Notgesetz, das hier im Sommer oder jetzt am Ende des Sommers beschlossen worden ist, endlich ein Schritt war in die richtige Richtung und das war auch der Grund, warum wir nicht als Mehrheitsbeschaffer, sondern ganz bewusst als Grüne diese Vereinbarung mitunterstützt haben, weil manche der Maßnahmen, die da beschlossen wurden, einfach dringlich notwendig sind, damit wir eine gewisse Beherrschbarkeit in der Situation herstellen können, das ist das eine. Und das andere ist, warum wir dem zustimmen, weil wir eben davon überzeugt sind, dass man jetzt so weit wie möglich und so kräftig wie möglich zusammenspielen wird müssen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Die FPÖ stellt sich da in eine andere Ecke, das ist mir schon bewusst, aber wenn der Herr Sippel sagt, man muss den Ängsten der Menschen auf der Straße, die sind die Realität, man muss Ängste nicht zur Realität werden lassen, man muss sie ernst nehmen, man muss darauf Antworten finden, aber man muss sie eben nicht zur Realität werden lassen und um das nicht geschehen zu lassen, braucht es auf allen Ebenen eine gewisse Geschwindigkeit, die wir bis jetzt eben auf nationaler Ebene langsam erreichen, das hat lange genug gedauert, auf internationaler Ebene noch gar nicht haben. Wir haben heute schon viel davon gehört, Herr Bürgermeister hat hier sehr klare Worte gefunden, ob es Hilfe vor Ort ist, ob es das Zusammenspiel der solidarischen Gemeinschaft Europas ist oder auch der Weltgemeinschaft ist, hier gibt

es ganz Dringendes zu tun und Entscheidungen zu treffen, aber wie gesagt, wenn wir uns jetzt darauf beschränken, uns gegenseitig ständig auseinanderzuspielen, dann wird die Situation auch auf der Straße und auch mit den Ängsten der BürgerInnen nicht besser. Denn eine verunsichernde Politik ist eine, die sich jetzt auseinanderspielt und nicht gemeinsam versucht, Schritte zu setzen und dieses Gesetz haben wir auch genau deswegen unterstützt und ich bin froh, dass es ab heute in Kraft tritt, damit ein Druck entsteht in eine Richtung, damit mehr Gerechtigkeit auch in der Aufteilung der Flüchtlinge in Österreich stattfindet. Ein Schritt, viele Schritte werden folgen müssen, aber sie sind dringend und sie sind am besten gemeinsam zu treffen (*Applaus Grüne*). Zur Dringlichkeit habe ich mich gemeldet und deswegen wird es auch keine Dringlichkeit von uns geben.

GR. **Rajakovics:** Ja, nachdem der Bürgermeister heute eh schon alles erläutert hat, kann ich mich kurz halten. Wir sind der Meinung, dass diese Aufteilung mit 1,5%-Schlüssel allen voran jenen Gemeinden „droht“ unter Anführungszeichen, die bisher sich im Windschatten anderer schön zurückgehalten haben. Insofern ist es die 1,5%-Aufteilung letztlich viel zu spät gekommen, so wie ganz vieles auf Bundesebene viel zu spät kommt, was natürlich auch der freiheitlichen Partei auch bei der letzten Wahl massiv genutzt hat. Da hat nicht der Herr Pühringer verloren diese Wahl, sondern leider eine sehr mäßig erfolgreich agierende Bundesregierung, allen voran eine mäßig kooperative Innenministerin mit einem auch nicht sehr kooperativen Verteidigungsminister, weil dass diese Situation so eskalieren konnte an der Grenze, statt dort Gulaschkanonen vom Bundesheer stehen und Busse vom Bundesheer stehen oder Polizei steht, das liegt halt daran, dass manches nicht so läuft und dass leider dann die Wähler in Richtung der FPÖ laufen. Ich hoffe, auch da hier wird sich irgendwann einmal was ändern. Jedenfalls die Quote, die ist grundsätzlich die eine Maßnahme, die richtig ist. Es ist richtig, von allen Gemeinden zu fordern die Solidarität, die wir einfordern nach oben, es sollen alle europäischen Länder etwas nehmen, alle EU-

Länder, es sollen letztlich Amerika, Kanada, Australien sich beteiligen. Wenn wir fordern, dass aus den UNHCR-Lagern, die dann hoffentlich irgendwann einmal finanziert werden, die Menschen solidarisch in jene Länder, die Sicherheit bieten können, aufgeteilt werden, ja dann werden wir es wohl in der eigenen Heimat, nämlich in Österreich, auch schaffen müssen und wenn es nur eine gewisse Bereitschaft bei Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gibt, sich freiwillig zu beteiligen, gibt es eine Quote. In Graz werden wir davon nicht betroffen sein, weil wir nicht nur immer schon auch geschaut haben, dass wir das, was wir an Anteil leisten können, auch leisten, sondern weil theoretisch auch vorgesorgt ist, dass in kleineren Quartieren, damit nicht eine Schwarzl-Halle entsteht, in kleineren Quartieren es sehr wohl noch möglich sein wird, bis zu 1.000/1.200 Asylwerber, sollte es notwendig sein, unterzubringen und das ist auch dem Land so mitgeteilt worden. Also da sind etliche noch Häuser, Quartiere, Wohnungen von Leuten, die schon angeboten haben, liegen bei der Landesregierung, die, wenn es darauf ankommt, quasi auch nutzbar gemacht werden können. Insofern sind wir bei der Vorgangsweise des Innenministeriums zur Abwechslung einmal einverstanden, vieles andere ist tatsächlich im Argen und das gehört auch einmal im Gemeinderat angesprochen, weil die Situation, die dann auch die Medien entsprechend anfahren, hat nur entstehen können, weil in zwei Ministerien Ministerin und Minister sitzen, die leider nicht in der Lage waren, gemeinsam das abzuwickeln. Wir werden der Dringlichkeit daher nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann dem Thomas nur Recht geben, es war eigentlich erschütternd das Schauspiel, das die beiden Minister abgeliefert haben, muss man in aller Klarheit sagen. Wir haben lange Zeit damit verschwendet, sozusagen über Zuständigkeiten und die Frage zu diskutieren, wer dann wann was zahlen muss, bevor wir uns wirklich mit der Situation auseinandergesetzt haben und rechtzeitig Aktionen gesetzt haben.

Bedauerlich finde ich, dass dieses Verfassungsgesetz der Antragsteller notwendig geworden ist, bedauerlich aber nur deshalb, weil wir in unserer Gesellschaft scheinbar den Begriff der Solidarität oder der christlichen Nächstenliebe, oder wie immer wir es nennen wollen, nicht mehr in diesem Ausmaß in unser tägliches Leben integrieren. Denn würde diese Solidarität vorhanden sein, dann würde es gar nicht notwendig sein, Gemeinden aufzufordern per Verfassungsgesetz, bestimmte Versorgungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, weil dann wären sie selbst auf die Idee gekommen, dass auch sie notwendigerweise sich in dieser schwierigen humanitär ausgesprochen katastrophalen Situation rasch zur Verfügung stellen und die Versorgung mit dem Allernotwendigsten für Menschen zur Verfügung stellen, die hunderte Kilometer, das muss man sich einmal vorstellen, mit der Großmutter, mit dem Großvater, mit den Kindern, mit kranken Menschen zu Fuß zum Teil unterwegs gewesen sind in der Hoffnung auf Frieden und auf ein besseres Leben. Ich glaube, dass wir uns in der Debatte manches Mal zumindest versuchen sollten, in die Menschen hineinzusetzen, die da kommen, welche Ängste sie antreiben, was es eigentlich bedeutet und was es eigentlich für Vorkommnisse in ihren Heimatländern geben muss, dass sie bereit sind, die wichtigsten Dinge nur zusammenzupacken und gemeinsam mit der gesamten Familie einen Marsch auf sich zu nehmen, der sie hunderte Kilometer zu Fuß durch Wind und Regen und ohne Gesundheitsversorgung und ohne Wissen, was sie dort erwartet, antreibt, um ein neues Leben beginnen zu können. Das ist eine Dimension, eine menschliche Dimension, die wir uns immer wieder vor Augen führen müssen, wenn wir dann über die Fragestellung diskutieren, wie gehen wir mit dieser Situation um. Jedenfalls bin ich dankbar, dass es dieses Gesetz gibt, deshalb gibt es für uns keine Dringlichkeit und ich würde mir wünschen, wir wären auf europäischer Ebene in der Lage, auch einen solchen mutigen Schritt zu setzen, damit jene Länder, ganze Staatgemeinschaften, die von der europäischen Idee intensiv profitiert haben, sich jetzt nicht aus der Solidarität herausnehmen können und gezwungen werden, auch ihren Beitrag zu leisten, weil dann würde sozusagen die Versorgung auch der heranströmenden Flüchtlinge besser funktionieren. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem Thema kann man natürlich noch vieles sagen, ich gehe gleich einmal ein auf die Stadträtin Rucker. Ihre Analyse stimmt vollkommen in zwei Punkten, es gibt Unterschiede zwischen Grün und Blau, Gott sei Dank, Sie gehen Ihren grünen Weg, Grenzen offen, kommt alle herein, wir gehen halt unseren blauen freiheitlichen Weg weiter und wir werden ja auch bestätigt. Vorigen Sonntag und auch hier am 11. Oktober werden wir sicher wieder bestätigt werden. Im zweiten Punkt hat sie ebenso Recht: Bundesregierung agiert verunsichert, das ist verunsicherte Politik, Mitterlehner und Faymann widersprechen sich den ganzen Tag, das kann natürlich nur Verunsicherung auslösen. Ebenso die Analyse vom Kollegen Rajakovics. Im ersten Punkt auch Recht, die Bundesregierung ist zerstritten, dem Herrn Bürgermeister kann man hier auch einen Eiertanz vorwerfen, auf der einen Seite lehnt er in der Wortmeldung die Schwarzl-Halle ab und unseren Antrag, der genau diese Eingriffe vom Bund auch ablehnt, lehnen Sie ebenso ab. Also auch bei diesem Grazer Eiertanz kennt sich keiner aus. Hier ist die ÖVP Wien auch schon weiter, habe ich aus der Zeitung, da gibt es einen Sicherheitssprecher Ulm in Wien und der fordert wie die FPÖ die Errichtung eines Grenzzaunes und er fordert eben Grenzkontrollen, weil fast alle Asylwerber oder Flüchtlinge, die wir dort haben, keinen Anspruch auf Asyl hätten. Also hier kann man auch einmal nach Wien blicken, auch hier in Wien ist die ÖVP scheinbar schon auf den richtigen Kurs eingeschwenkt (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Lohr, wenn wir diesen Antrag positiv abstimmen, die FPÖ hat heute zu mir gesagt, ob ich für die Grazerinnen und Grazer da bin, wenn wir das machen, bin ich nicht für die Grazerinnen und Grazer da, weil dann würden wir,

weil wir mehr Einrichtungen, mehr Hallen usw. auch des Bundes haben, bis hin zu Kasernen im Falle, dass das eintreten würde, viel mehr Flüchtlinge haben und andere Gemeinden leer ausgehen und deswegen schadet dieser Antrag, wenn wir ihn hier beschließen, den Grazerinnen und Grazern, er nützt unter Umständen dann auch Flüchtlingen, weil wir es oft besser machen als außerhalb, aber wir kommen unserer Solidarität, wenn Menschen bei uns sind, nach und ich weiß nicht, warum Sie das überhaupt stellen, das ist ja nicht einmal FPÖ-Linie, was Sie da machen, weil das würde in Graz...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kenne den Herren jetzt nicht aus Wien, ich werde mit ihm einmal Kontakt aufnehmen und werde mir anschauen, wie die Ergebnisse in Wien ausgehen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

6) „Lehramtsstudium neu“ mit den Bedürfnissen im (Sprach-)Bildungsbereich zusammenführen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt namens der Grünen und der Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Vielleicht noch, Herr Bürgermeister, ganz kurz am Anfang auch an Sie ein Wort. Ich weiß nicht, ob Sie gestern im Kurier dieses Interview gelesen haben vom Caritas-Präsidenten, der gesagt hat, es braucht gegenwärtig diese doppelte Integration, also auch von der Integration jener Menschen, die Angst haben und dafür braucht es drei Dinge, das eine ist die Haltung, das zweite ist die Information und das dritte ist die Begegnung und ich finde, dass wir heute, wie es bisher gelaufen ist, unterstützen diese Haltung und dafür danke ich Ihnen.

Auch mein Antrag hat hier ein Ziel letztendlich auch... also über die Information haben wir heute schon viel gesprochen, aber es geht auch ganz stark um die Möglichkeiten der Begegnung und wer das mitverfolgt hat, es hat heute begonnen das Lehramtsstudium neu, mit den Bedürfnissen im Sprachbildungsbereich zusammenzuführen. Das heißt, wir haben ein neues Wintersemester, wir haben eine neue Ausbildung in der Sekundarstufe, aber auch im Bachelor-Studium und das klingt jetzt alles sehr technisch, aber es ist so, dass innerhalb dieser technischen Formulierung etwas drinnen ist, nämlich die Möglichkeit, Praxisräume aufzusuchen. Das ist im Bereich des Lehramts nicht mehr reduziert auf den Bereich von Hospitieren im Klassenzimmer oder innerhalb des Schuljahres, sondern es können auch neue Räume aufgesucht werden und die Rektorin der Pädagogischen Hochschule, die hierfür auch zuständig ist, hat sich bereiterklärt, hier mit der Stadt gemeinsam diese Räume auszuloten. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass ich einerseits ganz viele NGOs in Graz habe, die derzeit übergehende Klassenzimmer haben im Deutschkurs. Ich habe Kinder,

die jetzt eingeschult worden sind und das sind nicht tausende, sondern wie wir im Bildungsausschuss gehört haben, glaube ich, 22 der Sechs- bis 15-Jährigen, die jetzt auf Schulen aufgeteilt worden sind, wo ich unterstützen kann, es gibt nach wie vor soziale Brennpunkte, sozial benachteiligte Kinder, wo ich stützen kann und wo ich aber durch dieses neue Lehramt Möglichkeiten habe, hier kreativer einzugehen. Nicht mehr im Sinne von noch eine Lehrerin ins Klassenzimmer, sondern so wie es das Akademische Gymnasium jetzt macht, obwohl es eine ehrenamtliche Geschichte ist, dass sie einfach Frisbeespielen im Stadtpark und schauen, dass sie aus den Flüchtlingsquartieren Leute animieren, die einfach Lust haben, bei Frisbee mitzumachen. Gestern hat es gestartet und es waren sehr, sehr viele, die dort mitgemacht haben. Es wird möglich sein, für Lehramtsstudierende solche Angebote zu setzen, es wird möglich sein, Lerntandems zu bilden, es wird möglich sein, Ausflüge zu machen und es ist jetzt schon noch sehr eingeschränkt, weil es auch möglich ist, innovative, kreative Praxisräume neu zu bestimmen. Der Effekt davon ist, dass nicht nur den Lernenden etwas zugutekommt, sondern der Effekt ist auch, dass das, was groß beschrieben wird im Lehramt neu, nämlich Diversitätsbildung, diese Diversitätsbildung auch den Lehrenden zugutekommt vom Anfang an in der praktischen Erfahrung. Ich freue mich sehr, dass es hier die Zustimmung auch des Bildungsstadtrates und auch der Wissenschaftsstadträtin gibt, gemeinsam diese Synergien aufzusuchen und möchte meinen dringlichen Antrag auch formulieren.

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Bildungs- und Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner in Kooperation mit der für Wissenschaft zuständigen Stadträtin Martina Schröck ein Treffen mit der Rektorin und den VizerektorInnen der Pädagogischen Hochschule zu initiieren, um die im Motivenbericht angeführten Synergieeffekte der erweiterten Praxisgestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Curricula der „Lehramtsausbildung neu“ für die Bildungs-, Integrations- und Wissenschaftsbereiche der Stadt auszuloten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Astrid, danke für den Antrag und die Idee. Grundsätzlich ist das eine wichtige Sache und bietet Synergien für beide Seiten, einerseits für die neuen Lehramtsstudierenden und die Pädagogische Hochschule beziehungsweise die Uni Graz, weil Praktikumsplätze geschaffen werden können, andererseits für uns als Stadt Graz natürlich auch, hier Unterstützung zu erhalten. Ein bisschen vorsichtig sein muss man natürlich sein, dass das nicht in Richtung Generation Praktikum geht und man das zu sehr ausnutzt, um möglichst kostengünstige Arbeitskräfte auch zu haben, aber ich denke, mit dem richtigen Augenmaß findet man da hier schon eine Balance. Die beiden aufzufordern, in Gespräche mit der Rektorin zu treten, ist zum Teil natürlich ein bisschen, würde ich sagen, Eulen nach Athen zu tragen, denn die Gespräche gibt es natürlich zum Teil auch schon. Ich glaube nicht, dass die die Aufforderung jetzt mittels eines Dringlichen notwendig gewesen wäre, wiewohl wir natürlich zustimmen werden, weil es vom Inhalt her natürlich eine wichtige Angelegenheit und eine wichtige Geschichte ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Astrid! Ich habe dir schon die Rückmeldung gegeben, dass wir deinen dringlichen Antrag gescheit finden. Wie du aus vielen Gesprächen auch weißt, würden wir gerne mehr Kompetenzen im Bildungsbereich haben. Es ist einfach nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Graz jetzt schon fast mehr Einwohner hat als das Burgenland, aber wir in der Bildungspolitik gleich viel mitzureden haben wie eine Kleingemeinde. Wir sind „nur“ unter Anführungszeichen Schulerhalter. Diese Aufgabe fordert uns natürlich

auch aufgrund der wachsenden Zahlen, aber wir resignieren nicht, wir schauen, dass wir einfach im ständigen Kontakt mit dem Landesschulrat und dem Land Steiermark, dass wir zu unseren Zielen kommen, und genau zu diesem Thema hat es schon einige Sitzungen gegeben. Ich möchte nur ganz kurz inhaltlich zu deinem dringlichen Antrag kommen. Du sprichst immer von der Primär- und Sekundarstufe, so hast du das formuliert, was wir wissen, betrifft das nur die Sekundarstufe. Nichtsdestotrotz werden wir natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen und wir finden es gut und werden uns natürlich, wie gewohnt, in die Gespräche einbringen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Danke auch für die Annahme noch einmal. Gleich zum Thema mit der Generation Praktikum, liebe Alexandra. Es ist so, dass innerhalb des Curriculums, Alexandra, ist das Praktikum vorgeschrieben, du hast auch Lehramt studiert, du weißt, dass innerhalb des Curriculums man gewisse Lehramtspraktika machen muss, das ist dort jetzt nicht anders, das ist nur die Möglichkeit, das auszuweiten. Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass heute das Lehramtsstudium begonnen hat und die Dringlichkeit ist dadurch gegeben und das stimmt jetzt nicht ganz, was der Kurt gesagt hat, es ist nicht nur in der Sekundarstufe, weil das würde ja nur den Master betreffen, sondern auch im Bachelor-Studium vorgesehen, Praxis zu haben und diese Praxis kann starten mit Sommersemester 2016. Also das heißt, man kann jetzt schon schauen, wo kann ich im ganzen Bereich das brauchen.

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich habe Kontakt aufgenommen und diese Information haben wir bekommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Und ich habe das von der Rektorin, also...

StR. **Hohensinner**, MBA: Das werden wir beim runden Tisch klären.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Gott sei Dank gibt es das Gespräch, damit wir das klären, aber es ist eben das Neue, dass es eben auch Bachelor-Studium schon diese, zwar nicht so viel wie nachher in der Sekundarstufe, aber auch wie das Bachelor-Studium schon das vorgibt. Aber jedenfalls finde ich das super und es ist... also das habe ich vielleicht noch vergessen zu sagen, es war ja auch im Bildungsausschuss jetzt am Dienstag sehr eindrücklich und sehr toll, wie klass in der gegenwärtigen Situation die Zusammenarbeit mit Landesschulrat, mit den Hochschulen ist, auch mit den Universitäten, also ich finde, da passiert ganz viel in Richtung Zusammenhalt. Die Dringlichkeit war wirklich deswegen gegeben, weil heute dieses neue Studium beginnt und jetzt die Möglichkeit ist, für das Sommersemester da schon zu schauen, was die Synergien für die Stadt sind. Deswegen danke für die Annahme (*Applaus Grüne*)

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag der Grünen, eingebracht von Frau Gemeinderätin Daniela Grabe, unterstützt von KPÖ, SPÖ und Gemeinderat Pacanda. Betrifft Verlängerung des Lauftextmahnmals von Catrin Bolt zum Gedenken an die November-Pogrome des Nationalsozialismus in Österreich.

7) Verlängerung des Lauftext-Mahnmals von Catrin Bolt zum Gedenken an die November-Pogrome des Nationalsozialismus in Österreich

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt namens der KPÖ, SPÖ, Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Danke für die genaue Titelnennung, jetzt wissen alle, worum es geht und auch wer das unterstützt und wer eben leider nicht, das ergänze ich jetzt. Es ist sehr schade, dass die ÖVP entgegen so jetzt unseren ersten Gesprächen, wo es noch besser ausgeschaut hat und entgegen der ausdrücklichen Empfehlung des ÖVP-Landesrates Buchmann, die Verlängerung von diesem Projekt nicht unterstützt. Konkret geht es um dieses Lauftextmahnmal der Künstlerin Catrin Bolt, das, nehme ich einmal an, einige von Ihnen und von euch durchaus wahrgenommen haben. Wenn man in der Griesplatz-Gegend entlang gegangen ist, ist ein sehr berührender Text von David Herzog, dem damaligen Oberrabbiner am Boden angebracht gewesen. Mit seinen autobiographischen Erinnerungen an das Brennen der Synagoge und an die Verbrechen, die an diesem Tag passiert sind und mit denen sich auch noch weitere schlimmere dann angebahnt haben. Die Argumentation, wenn ich jetzt Peter Piffel vorher richtig verstanden haben, warum die ÖVP das ablehnt, ist die Tatsache, dass es anfangs als temporäre Installation beantragt wurde, das ist richtig so, das ist auch richtig, dass natürlich in einer Stadt man nicht alle temporären Dinge, die es gibt, per se auch immer wieder dauerhaft stellen kann, sonst wäre die Stadt relativ bald vollgestopft, das ist auch gut, dass zum Beispiel Änderungen, aber es ist dennoch gut,

dass Änderungen passieren und wir haben einige ganz bekannt Beispiele, wo das sehr wohl umgesetzt wurde. Ich sage jetzt nur Murinsel, das hast du, Peter, selber auch gebracht, in Paris hat man einen Eiffelturm, der hat sich auch bewährt, obwohl das ursprünglich temporär gewesen ist. Etliche dieser Dinge, die nach und nach dann doch zu einer Dauerausstellung geworden sind und jetzt große Mengen von Menschen anziehen. Bei dem Lauftext-Mahnmal, dessen Verlängerung übrigens unterstützt wird von wirklich nahezu allen Seiten, vom Kulturstadtrat, vom Beirat der Stadt und vom Land für Kunst im öffentlichen Raum, von etlichen Lehrerinnen und Lehrern, die damit mit ihren SchülerInnen arbeiten und NS-Aufarbeitungsarbeit betreiben, von Personen, die einfach durch die Stadt gehen und sehen, die Stadt setzt ein Zeichen gegen den Geist, der damals im Nationalsozialismus hier geherrscht hat. Von etlichen Leuten und, wie gesagt, auch auf Landesebene vom eigenen Landesrat wird das unterstützt. Umso unverständlicher für mich diese Ablehnung. Erstens ist das einfach ein wichtiges Mahnmal, das sehr gut angenommen wurde, wo man gesehen hat, es berührt die Leute und es bewegt die Leute. David Herzog war nicht irgendwer, dann das Weitere ist, wir haben jetzt schon den Abbau von den Gerz-Tafeln gehabt, jetzt ist ein weiterer Abbau eines Projektes, obwohl wir eigentlich in Zeiten, wo wir zunehmend Gedenkjahre haben, eher aufbauen sollten, damit diese Zeit nicht vergessen wird. Drittens die Frage jetzt, ob das im öffentlichen Raum dann stört, weil das war ja nur temporär und dann soll es dauerhaft sein. Da frage ich zurück, was bitte soll stören, wenn am Boden eine Schrift angebracht wird? Es ragt nicht in den dreidimensionalen Raum hinein, man geht daran vorbei oder man geht drüber, also es ist null Einschränkung des öffentlichen Raums und die Wahrscheinlichkeit, weil ich vorher auch von der ÖVP gehört habe, was ist, wenn andere Kunstwerke kommen, die Wahrscheinlichkeit, dass genau auf diesem Straßenzug haufenweise andere Kunstwerke im öffentlichen Raum beantragt werden, die halte ich für durchaus gering. Wie auch immer, die Entscheidung scheint klar zu sein. Ich danke euch von KPÖ, SPÖ und Philip als Piraten für die Unterstützung und ich denke, ihr werdet auch eure Beweggründe noch einmal sagen. Sehr schade, dass dieses gelungene Kunstwerk nicht

mehr existieren darf und ich hoffe, dass Catrin Bolt andere Dinge findet, die sie einbringen kann, um die Stadt zu bereichern und, Peter Piffel, als letztes noch, weil du gemeint hast, bei unserer Diskussion vorher, warum da nicht einen Stolperstein für David Herzog. Ist ein anderes Konzept, die Stolpersteine sind direkt vor dem letzten Wohnort, aber es sei euch unbenommen vom ÖVP-Klub, einen Stolperstein für David Herzog zu spenden (*Applaus Grüne*).

GR. **Stöckler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie du richtigerweise, liebe Daniela, schon gesagt hast, geht es uns nicht um das Prinzip der Erinnerung, weil da sind wir komplett d' accord mit dir. Die Erinnerungen an die November-Pogrome aus dem 38er-Jahr sind ein ganz, ganz wichtiges Thema für diese Stadt. Uns geht es wirklich nur darum, es ist eigentlich als temporäres Ereignis konzipiert worden und wenn man etwas Temporäres nimmt, dann sagt es schon das Wort temporär, dann soll es einen gewissen Zeitraum bestehen. Wir werden uns sicher in Verbindung dann mit dem weiteren Gedenkjahr 2018, in dem wir uns sicher wieder an die Pogrome des Jahres erinnern werden, neue Dinge überlegen müssen, um wieder akzentuiert auf diese schrecklichen Ereignisse hinzuweisen. Wieso jetzt sollten wir ein temporäres Projekt eröffnen, sollten wir nicht neue Reize suchen, um immer wieder auf dieses Thema hinzuweisen, das wir alle, glaube ich, nicht vergessen wollen in diesem Haus und nur aus diesem Grund verweigern wir sozusagen der Dringlichkeit unsere Zusage und aus keinem anderen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Mogel**: Hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, liebe Kollegin! Auch uns geht es natürlich gar nicht darum, den Inhalt oder die Installation als solches zu bewerten. Es

geht eigentlich um etwas anderes. Kunstprojekte auf einer Straße werden von Amtswegen grundsätzlich, aber auch vor allem in Absprache mit dem Antragsteller, zeitlich beschränkt zugelassen. Das hat natürlich auch einen Sinn. Der rechtliche bestimmungsmäßige Zweck einer Straße entspricht natürlich nicht dieser besonderen Nutzung dieser Art. Deswegen hat auch das Amt jetzt einer Verlängerung nicht zugestimmt. Aber es geht eigentlich auch um einen anderen Aspekt, den man auch nicht ganz außer Acht lassen kann und zwar gibt es natürlich nur beschränkt Platz, wo man Installationen dieser Art im öffentlichen Raum und auch auf öffentlichen Straßen in irgendeiner Form unterbringt in Graz. Deswegen werden wir diesbezüglich auch nicht zustimmen, es hat einen rein sachlichen taktischen Wert und keinen inhaltlichen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Also dass prinzipiell die Dinge auf der Straße befristet sind, stimmt ja zum Glück so nicht. Ich nehme es jetzt einmal von FPÖ-Seite so wahr, dass es nur die temporäre Bewilligung ist, die zu der Ablehnung führt. Ich bin gespannt, wenn dann künftige Projekte kommen im öffentlichen Raum im Rahmen vom Gedenkjahr, ob ich dann auf Ihre jetzt gesagte Unterstützung von solchen Projekten wieder zurückkommen kann. Von der ÖVP habe ich jetzt schon eine kleine Unterstützung bekommen, es wird den Stolperstein für David Herzog geben, da danke ich im Namen des Vereines, der das umsetzt. Es ist nichtsdestotrotz bedauerlich, dass jetzt ein Projekt, das einfach etwas sehr Besonderes war und das nicht den öffentlichen Raum einschränkt, das auch nicht mit großen Kosten verbunden ist, sondern einfach Aufmerksamkeit auch jetzt bis zum Gedenkjahr, wo wahrscheinlich vieles passieren wird, bringen könnte, dass so ein Projekt einfach nicht fortgeführt wird aus Gründen, die ich jetzt eher als formale von euch wahrnehme. Das finde ich bedauerlich, ich denke, das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, ein weiteres Zeichen zu setzen. Ich werde nicht lockerlassen mit anderen Anträgen dieser Art, dass wir im öffentlichen

Raum immer wieder deutlich machen, was nicht mehr passieren darf, was damals passiert ist und dass hoffentlich auch in allen Köpfen ein anderer Geist wird. Für dieses Mal finde ich es sehr bedauerlich, dass jetzt von der ÖVP eurem Landesrat nicht gefolgt wird, ich hatte gedacht, es geht hierarchischer zu, aber ihr habt offenbar ein bisschen Basisdemokratie gelernt. Naja, danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Hilfe für die Helferinnen und Helfer

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon über die Situationen kurz gesprochen. Ich möchte jetzt ein bisschen eine andere Perspektive in das ganze Thema auch hineinbringen. Der Herr Bürgermeister und wir haben uns ja auch heute schon bedankt bei den Helferinnen und Helfern, bei den Organisationen und bei den ganzen Freiwilligen, die zur Zeit in den ganzen Notunterkünften auch freiwillig helfen. Diese Hilfsbereitschaft hat, glaube ich, Österreich selbst auch ein bisschen überrascht. Zwischenzeitlich hat man zumindest so das Gefühl gehabt und das hat das Ganze auch noch irgendwie weiter angespornt und ein jeder ist motiviert zu helfen. Fast täglich

rufen die Hilfsorganisationen auch wieder auf um Unterstützung, gerade eben auch wieder vor sechs Minuten oder vor sieben Minuten beim Schwarzl-Transit unten, die Hilfe brauchen beim Verteilen, in der Küche usw. Also die einfach, und das passiert regelmäßig, also das passiert regelmäßig in ganz Österreich und das passiert regelmäßig bei uns und es wird mittelfristig auch weiterhin bei uns passieren, dass die Organisationen um freiwillige Hilfe ansuchen werden. Und jetzt ist uns aufgefallen, dass es manchmal natürlich für die Helfer vor Ort teilweise recht schwierig sein kann, eben vielleicht auch wieder zurückzukommen oder überhaupt dorthin zu kommen zu den Zentren. Im Spezifischen habe ich jetzt zum Beispiel den Schwarzl-See herausgenommen, wo man einfach am Abend fast nicht mehr nach Graz kommt mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Und die Helferinnen und Helfer stehen halt einfach vor diesen Problemen, wie bringe ich die Hilfsgüter dorthin, wenn ich selber kein Auto habe zum Beispiel? Wie komme ich überhaupt zu den Unterkünften, gibt es dort öffentliche Verkehrsmittel, fährt das so spät überhaupt noch, wie komme ich wieder zurück vielleicht mitten in der Nacht und wie bekomme ich eben aktuelle Informationen? Die Stadt Graz geht da sicher auch mit sehr gutem Vorbild voran, da überall auf der Homepage der Stadt bereits sehr gut und, übersichtlich die aktuellen Informationen über die Lage bekanntgegeben werden, genauso wie eine sehr gute Übersicht vorhanden ist über die Hilfsorganisationen und wie wir heute gehört haben, ja auch in der nächsten BIG ein Sonderteil drinnen sein wird, wo das auch noch ergänzt wird. In unserem dringlichen Antrag geht es einfach darum, wie können wir als Stadt Graz mit unseren so vorhandenen Ressourcen auch den Helferinnen und Helfern einfach noch besser unter die Arme greifen, um das Ganze zu beschleunigen, möglicherweise zu vereinfachen. Das könnte auf viele Arten passieren, einerseits könnte die Stadt Graz natürlich über ihre sozialen Medien auch diese Hilferufe auch weiter teilen, bekanntmachen, um einfach die Kommunikation zwischen den Organisationen und den Helferinnen und Helfern zu beschleunigen, zu verbessern und zu vereinfachen. Man könnte möglicherweise, die Stadt Graz, die Holding Graz, ein Kontingent an Freifahrten für die öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stellen,

man könnte mit dem Verkehrsverbund auch in Kontakt treten und schauen, gewisse Sachen, wie der Schwarz zum Beispiel, müsste in zwei Zonen durchfahren, das heißt, kann man vielleicht in der zweiten Zone auch eine Vergünstigung erreichen. Möglicherweise könnte die Stadt auch, wir haben heute gehört, es ist zur Zeit recht wenig los, es kann aber wieder einmal recht viel los sein, das heißt, könnte man vielleicht sogar Busse von der Stadt Graz zwischenzeitlich an den Abendzeiten einsetzen und den Nachtzeiten, wo keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren, um Helferinnen und Helfer einfach eine einfache Möglichkeit zu bieten mitzuhelfen. Ja wie gesagt, aus diesem Grund stelle ich einen Antrag, der den Helferinnen und Helfern helfen soll, um auch die Hilfe bestmöglich dort ankommen zu lassen, wo sie benötigt wird und der Antragstext lautet dazu:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, mit den betreuenden Organisationen vor Ort in Kontakt zu treten, um neben der Flüchtlingshilfe auch den Helferinnen und Helfern vor Ort mit den der Stadt Graz zur Verfügung stehenden Mitteln helfen zu können.

Es möge geprüft werden, inwieweit die im Motivenbericht aufgeführten und weiteren von den Organisationen bekanntgegebenen Vorschläge umgesetzt werden können. Dem zuständigen Ausschuss ist darüber in der nächstmöglichen Sitzung Bericht zu erstatten und gegebenenfalls ein Beschlussstück für den nächsten Gemeinderat dann vorzubereiten. Dankeschön.

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Ich möchte jetzt gar nicht inhaltlich Stellung nehmen. Nur einmal kurz auch die Geschäftsordnung bemühen. Wir haben da in der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den § 18 Abs. 2: Anträge, die eine Geldausgabe zum Gegenstand haben, dürfen vom Vorsitzenden zur dringlichen Behandlung nur zugelassen werden, wenn sie auch Vorschläge zur

Bedeckung enthalten und keine dauernden finanziellen Belastungen der Stadt verursachen.

Also, Bedeckung finde ich da einmal nicht drinnen, es ist da im Motivenbericht zu lesen, es soll um Sammeltaxis gehen, es soll um Busse gehen, die zur Verfügung gestellt werden, auch entsprechend soll Kontakt aufgenommen werden mit dem Verkehrsverbund und der Holding. Gut, das wären jetzt nicht direkte Kosten der Stadt, das ist mir schon klar, aber letztendlich entstehen der Stadt Graz Kosten. Jetzt ist es so, mir ist schon klar, im Antragstext heißt es, soll geprüft werden. Aber wenn das geprüft wird, dann muss man aber auch dazusagen, dann darf daraus keine positive Entscheidung entstehen, weil es entsteht aus einem dringlichen Antrag, der geschäftsordnungswidrig ist.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Dann müssen wir das aber auch so festhalten und dann können wir das auch für die Zukunft so halten, dann streichen wir am besten diesen Absatz aus der Geschäftsordnung. Dann können wir in Zukunft diesen Sachverhalt, nämlich, dass der dringliche Antrag auch Geldausgaben zur Folge hat, mit dem Wort, „es soll geprüft werden“ umgehen. Weil wir haben einige Anträge deswegen nicht gestellt, weil es entsprechend Geldausgaben zur Folge hat und über das sollten wir einmal diskutieren und der hat eindeutig Geldausgaben zur Folge. Also sollten wir da vielleicht einmal eine Geschäftsordnungsdebatte führen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Ich bin ganz der Meinung, dass mit dem Prüfen ist eine Umgehung, aber darüber haben wir schon in manchen Gremien diskutiert und nachdem es viele verwenden, wird es, wenn wir weiter über Dinge diskutieren, die dann eh nicht stattfinden, weil sie nur geprüft werden, wo man es schon vorher gewusst hat, dass man sich die nicht leisten kann. In dem Fall, lieber Philip, nur zur Klarstellung, ehrenamtliche Rot-Kreuz-Helfer, Freiwillige Feuerwehr fahren gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Graz, also sowohl mit der Rettungs-Uniform als auch mit der Freiwilligen-Feuerwehr-Uniform kannst du bei den Holding Linien gratis fahren. Die zweite Gruppe, die über NGOs requiriert wird, hat in der Regel, es gibt mit einigen NGOs auch Verträge mit der Holding, die zu sehr günstigen Konditionen mehrere Karten bekommen, übertragbare, und die jeweils an ihre Helfer weitergeben. Das ist einmal das, was wir als Stadt Graz beitragen können. Letztlich ist es halt notwendig, wenn ich helfen möchte und freiwillig helfen möchte, muss ich schauen, wie kann ich das tun und habe ich meine Mittel, die ich zur Hilfe habe, wirklich beieinander, weil sonst habe ich den Hilfslosenhelfer, das heißt, ich muss ja schauen, wenn ich in der Schwarzl-Halle helfen will, ob ich ein Auto habe, sonst fahre ich vielleicht lieber ins Euro-Shopping oder gib eine Spende oder wie auch immer. Also die Form der Hilfe, die ich anbieten möchte freiwillig, muss ich nach dem richten, wie ich selber die Möglichkeiten für mich habe. Oder ich habe einen Freund, der mit mir dorthin fährt und wieder zurückfährt. Im Übrigen ist gerade das, was du angesprochen hast, die Erreichbarkeit der Schwarzl-Halle mit ein Grund gewesen, warum weder die Polizei noch das Land, noch die Stadt Graz diese Halle anmieten wollten, weil man sich ja was überlegt, wenn man sagt, man braucht eine Halle, da kommen eben viele Freiwillige. Deshalb haben wir als Stadt für das Euro-Shopping damals plädiert, damit ist die Schwarzl-Halle, die hat natürlich von der Erreichbarkeit ein Problem, sie ist weit vom Schuss, schwer erreichbar, es muss sich letztlich der Betreiber, nachdem es ja nicht im Auftrag weder der Polizei noch der Stadt noch des Landes passiert, muss sich der Betreiber überlegen, wie er freiwillige Helfer hinbringt oder zurückbringt. Ich weiß nur vom Euro-Shopping, dass zum Beispiel das Rote Kreuz sehr wohl freiwillige Helfer in

den Nachtstunden mit ihren Bussen auch wieder quasi sammelmäßig wieder zurückführt als Dankeschön, dass sie freiwillig geholfen haben. Also da sehe ich im Moment keine Aufgabe aus Sicht der Stadt Graz. Erstens einmal, weil es um die Schwarzl-Halle geht, die ist nicht in Graz, zweitens weil es im Euro-Shopping hervorragend funktioniert und drittens, weil ich mir denke, ich muss mir als freiwilliger Helfer wirklich überlegen, welche Ressourcen habe ich zur Verfügung und meine Hilfsangebote nach dem richten, wie ich sie für mich selber auch handeln kann, deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Danke, Philip, für den Antrag und die Gelegenheit, dass ich jetzt was sagen kann und meinen Kugelschreiber wieder finde. Zu dir, Thomas Rajakovics, ich denke, du hast bei einigen der helfenden Organisationen, du magst schon Recht haben mit dem, was du über Rot-Kreuz-Helferinnen und -helfer und diese Gruppen sagst. Ich selber weiß aus eigener Erfahrung, weil ich jetzt dieses Wochenende das vierte Mal schon mitfahre mit einem Konvoi, der halt jetzt außerhalb von Graz Dinge macht in Kroatien, Serbien usw., dass das sehr wohl ein Problem ist. Es ist, wenn man das ein paar Mal macht, dann kein Problem, und da hast du schon Recht, da muss man sich drum kümmern, wie man zu einem, wenn es halt mit Auto nur erreichbar ist, zu einem Auto kommt oder wie man sonst dorthin kommt. Wenn man längerfristig helfen will und kann man ja heilfroh sein, dass es Leute gibt, die das tun, ist es natürlich für Menschen, die jetzt nicht so ein Luxuseinkommen haben wie wir hier mit unserem Gemeinderatsmandat, sehr wohl ein Problem und wenn es Möglichkeiten gibt, dass die Stadt da unterstützt, da sind eben auch Ehrenamtliche, die nicht in diesen Strukturen wie Rot Kreuz, Caritas usw. sind, sondern die sich teilweise spontan kurzfristig jetzt erst zusammengefunden haben. Wenn es solche Helferinnen und Helfer gibt, da sollten wir wirklich sehr, sehr froh sein, weil es ein Akt von Zivilcourage ist, dass das wirklich teilweise von heute auf morgen über Facebook-Gruppen und sonstwie entsteht, dass Leute mithelfen und wenn die Stadt Möglichkeiten hat, es wird ja nur geprüft, das ist jetzt zum Kollegen, die Anträge vielleicht noch nicht oder unsere Geschäftsordnung noch nicht verstanden haben, es wird ja nur geprüft und es wird

dann, wenn sich zeigt, welche Dinge die Stadt sich leisten kann oder nicht, ein entsprechender Antrag daraus entstehen, der ja ohnehin erst wieder abgestimmt werden muss. Also von der Geschäftsordnung her ist es der ganz normale Usus, seit wir alle im Gemeinderat sind. Wir unterstützen es daher, ob das jetzt genau dann diese 101-Zonen-Karte ist oder irgendwas anderes, das wird dann eben genau geprüft, aber dass damit ein Zeichen gesetzt wird, dass das ehrenamtliche Engagement auch außerhalb der bestehenden Organisationen geschätzt und gefördert wird, das denke ich, ist wichtig und daher unsere grüne Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Von Seiten unserer Fraktion wird es auch eine Unterstützung für diesen Antrag geben, weil wir auch lange diskutiert haben im Klub und auch finden, dass es wichtig ist, hier ein Signal zu setzen und dieses Zeichen der Wertschätzung auch irgendwo zumindest einmal zu prüfen und dann hoffentlich auch zu finden. Heute haben wir vielleicht die Flüchtlingssituation, wo die Hilfsbereitschaft so groß ist, wir wissen, dass wir auch schon andere Situationen in Graz gehabt haben, ich denke nur dann das Hochwasser usw. wo auch aufgerufen wurde und viele auch dann geholfen haben und vielleicht finden wir einen Weg, um generell, wenn solche Situationen eintreten, irgendwas zu finden. Deshalb unsere Unterstützung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich bedanke mich gleich einmal bei allen, die das ganze Thema unterstützen. Hoffe, dass vielleicht der eine oder andere sich es vielleicht noch anders überlegt, der im Moment noch nicht dabei ist und möchte eigentlich zum Abschluss noch was zum Herrn Kollegen Sippel sagen bezüglich Prüfen und Kosten. Ich denke mir das voll oft, wenn ich eure Anträge durchlese, wäre vielleicht gescheiter, wenn wir das nicht machen, diese Zeiten, die da verwendet werden, mit denen sich da Personen

beschäftigen, was das auch wieder kostet eigentlich. Aber ich wäre definitiv bei einer Diskussion zum Thema Prüfen und Kosten und Gemeinderatsanträge, wie man das auch vielleicht verbessern und beschleunigen kann, wobei noch schneller als der Kollege das letztes Mal geschafft hat im Sommer, ist das ja fast schon nicht mehr möglich, gerne auch dabei. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.